

Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum

Gemeinsam statt einsam – Intergenerationalität in Ländlichen Räumen

29. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche 2016/17



Gemeinsam statt einsam – Intergenerationalität in Ländlichen Räumen

29. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche 2016/17

Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V. (Hrsg.)

Einführung: Gemeinsam statt einsam – Intergenerationalität in Ländlichen Räumen.....	3
<i>Marc Redepenning, Claudia Hefner</i>	
Entwicklung von Daseinsvorsorgestrategien im diskursiven Prozess.....	9
<i>Martina Berger</i>	
Wohlfahrtsverbände und Kommunen – gemeinsam soziale Teilhabe gestalten	14
<i>Liane Blietzsch</i>	
Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen in und durch Kommunen	17
<i>Michael John</i>	
Gesellschaftliche Veränderungen und deren Bedeutung für die Dorfgemeinschaft.....	23
<i>Josef Miller</i>	
Das Mehrgenerationenhaus Dorflinde Langenfeld.....	28
<i>Wolfgang Rückert</i>	
Die Rückkehr des Lebens in die Nachbarschaft	30
<i>Hildegard Schooß</i>	

Einführung: Gemeinsam statt einsam – Intergenerationalität in Ländlichen Räumen

Das weit verbreitete Bild vom Sozialleben in Ländlichen Räumen ist geprägt von Vorstellungen des gemeinschaftlichen Miteinanders, der Hilfsbereitschaft und der Gegenseitigkeit. Dieses Bild wird jedoch der Vielfalt und Differenziertheit des heutigen individualisierten (und oft auch von der Stadt beeinflussten) Soziallebens auf dem Land kaum mehr gerecht. Menschen in verschiedensten Lebensformen und Lebensphasen verfolgen gänzlich unterschiedliche Konzepte und Routinen der alltäglichen Lebensführung. Gerade in Ländlichen Räumen werden daneben neuere Entwicklungen im Bereich des kommunalen Angebots und der Infrastrukturen für alle Generationen zu einer Herausforderung, etwa dann, wenn keine Kinderbetreuung vor Ort realisiert werden kann, der letzte Supermarkt vor Ort schließt und Mobilität im Alltag neu organisiert werden muss.

Auch ist, und dieser Punkt wird oft vernachlässigt, die Organisation des Alltags nicht nur vor dem Hintergrund dieser eher technischen Herausforderungen (Mobilität oder Versorgung) zu sehen. Mindestens ebenso zentral ist der soziale Austausch und die damit verbundenen sinnstiftenden Tätigkeiten. Mit dem Wegfall sozialer Treffpunkte vor Ort, sei dies das Wirtshaus oder das Dorfgemeinschaftshaus, gehen Orte des Miteinanders und des Austauschs verloren.

Damit liegen die zentralen Herausforderungen für zahlreiche Gemeinden in Ländlichen Räumen in der Bereitstellung sowohl technischer, wie auch sozialer Infrastrukturen – sie sind als komplementäres Ganzes zu sehen. Diese Herausforderungen betreffen jedoch nicht einzig ältere Menschen, wie oft angenommen wird. Ebenso betroffen sind erwerbstätige Paare mit Kindern oder noch weitgehend immobile Jugendliche, die damit an die ländliche Nahumgebung gebunden sind.

Jung und Alt sind demnach in ihren Bedürfnissen zusammen zu denken und zusammen zu behandeln, etwa im Sinne einer demographisch umfassenden Politik. Derzeit scheinen diese sozi-

alen Aspekte und der damit einhergehende Mehrwert des Fokus auf diese gemeinschaftsbildende Dimension vielerorts (noch) nicht voll erfasst zu sein. Das ist angesichts der zahlreichen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und der Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises, die kommunale Handlungsspielräume oftmals auf ein Minimum beschränken, wenig verwunderlich. Trotzdem liegt hier ein Wert, der noch immer in großen Teilen ungenutzt ist. Denn mehr und mehr zeigt sich, dass funktionierende soziale Strukturen und ein gelungenes soziales Miteinander aller Generationen ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunft Ländlicher Räume sind (nicht zuletzt, da funktionierende soziale Strukturen diverse fehlende technische Infrastrukturen kompensieren können), eben: gemeinsam statt einsam.

Vor diesem Hintergrund widmete sich das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. innerhalb der 29. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche der Jahre 2016/2017 einem Thema, das die sozialen Aspekte, die sozialen Stärken, aber auch Schwächen ländlicher Gemeinden im Ganzen anspricht: Die Intergenerationalität und damit Formen und Strukturen des Kontakts, des Austausches und Miteinanders zwischen den Generationen. Während demnach im Jahr 1998 noch die „Jugend im Ländlichen Raum“ und 2004 das „Altern auf dem Lande“ alleinig im Fokus stand, gehen wir im Jahr 2017 davon aus, dass zukunftsfähige Gemeinden nur gesamtgesellschaftlich, also auch intergenerationell zu denken sind. Diesem gesamtgesellschaftlichen Fokus nähert sich auch die Bundesregierung langsam an. So stellte Bundesfamilienministerin Dr. Katharina Barley am 23. Juni 2017 im Deutschen Bundestag zentrale Ergebnisse des siebten Altenberichts (BmFSFJ 2016) und des 15. Kinder- und Jugendberichts (BmFSFJ 2017b) erstmals gemeinsam vor – wobei hier der so genannte Generationenvertrag als vorrangiges Bindeglied galt.

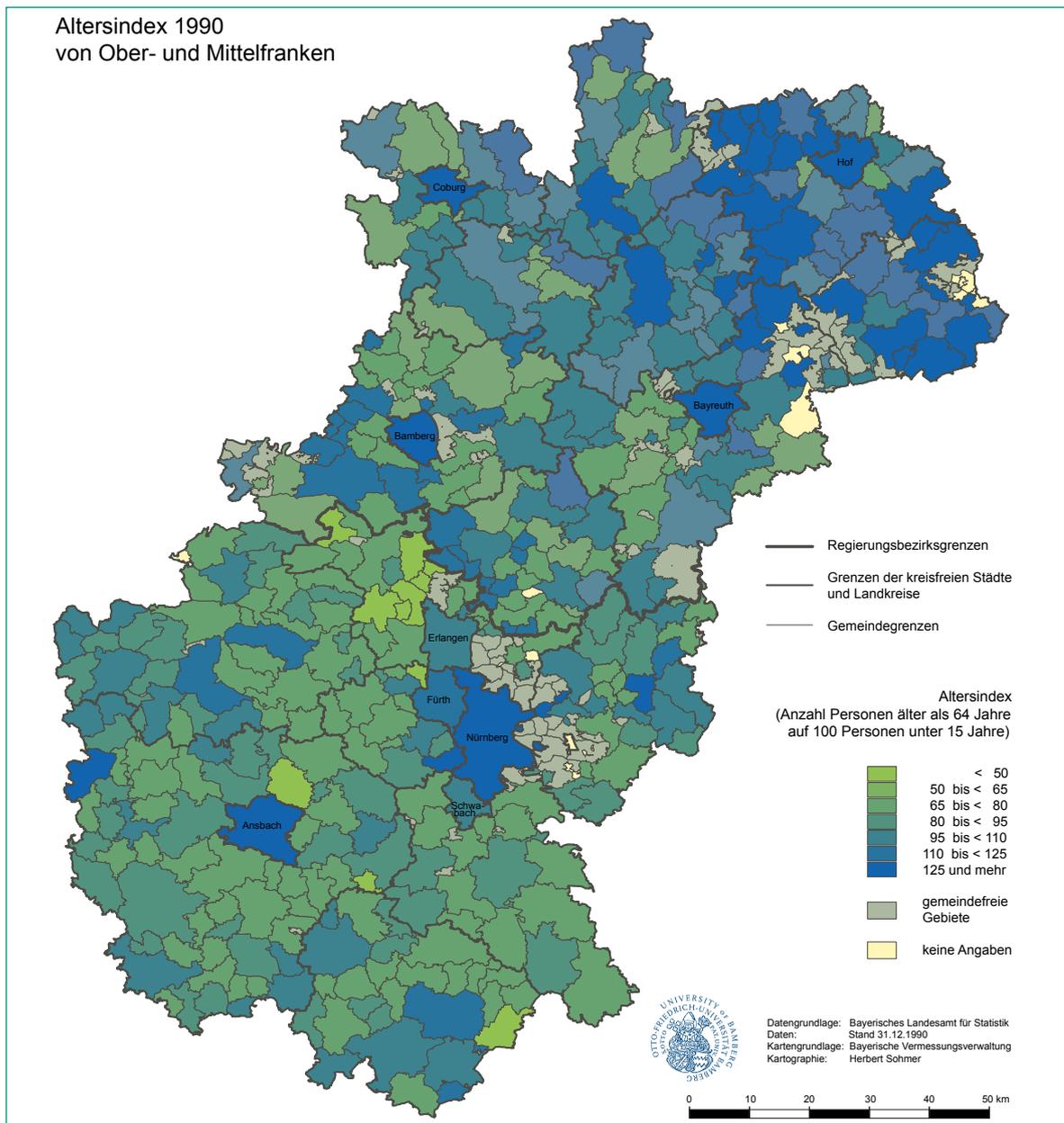


Abb. 1: Altersindex 1990 von Ober- und Mittelfranken.

Alterung, Intergenerationalität und kommunale Intelligenz

Eine erste Annäherung, weshalb das Thema Intergenerationalität in ländlichen Räumen zunehmend wichtiger wird, ist an den Abbildungen 1 und 2 abzulesen. In den Karten abgebildet ist der so genannte Altersindex (ageing index) der Jahre 1990 und 2015 in den Regierungsbezirken Ober- und Mittelfranken (heutige Grenzen). Der Altersindex bildet das quantitative Verhältnis der unter 15-Jährigen zu den über 64-Jährigen auf Ge-

meindeebene ab, speziell wie viele Personen älter als 64 Jahre auf 100 Personen unter 15 Jahre entfallen. Ein Wert von 100 markiert ein ausgeglichenes Verhältnis, Werte darunter eine Mehrheit der unter 15-Jährigen, Werte darüber eine Mehrheit der über 64-Jährigen. Der Prozess der Alterung der Gesellschaft und der damit einhergehenden zunehmenden Disbalancierung der beiden grundlegenden Pfeiler des Generationenvertrags, wird mit steigenden Werten zwischen den Jahren 1990 und 2015 abgebildet.

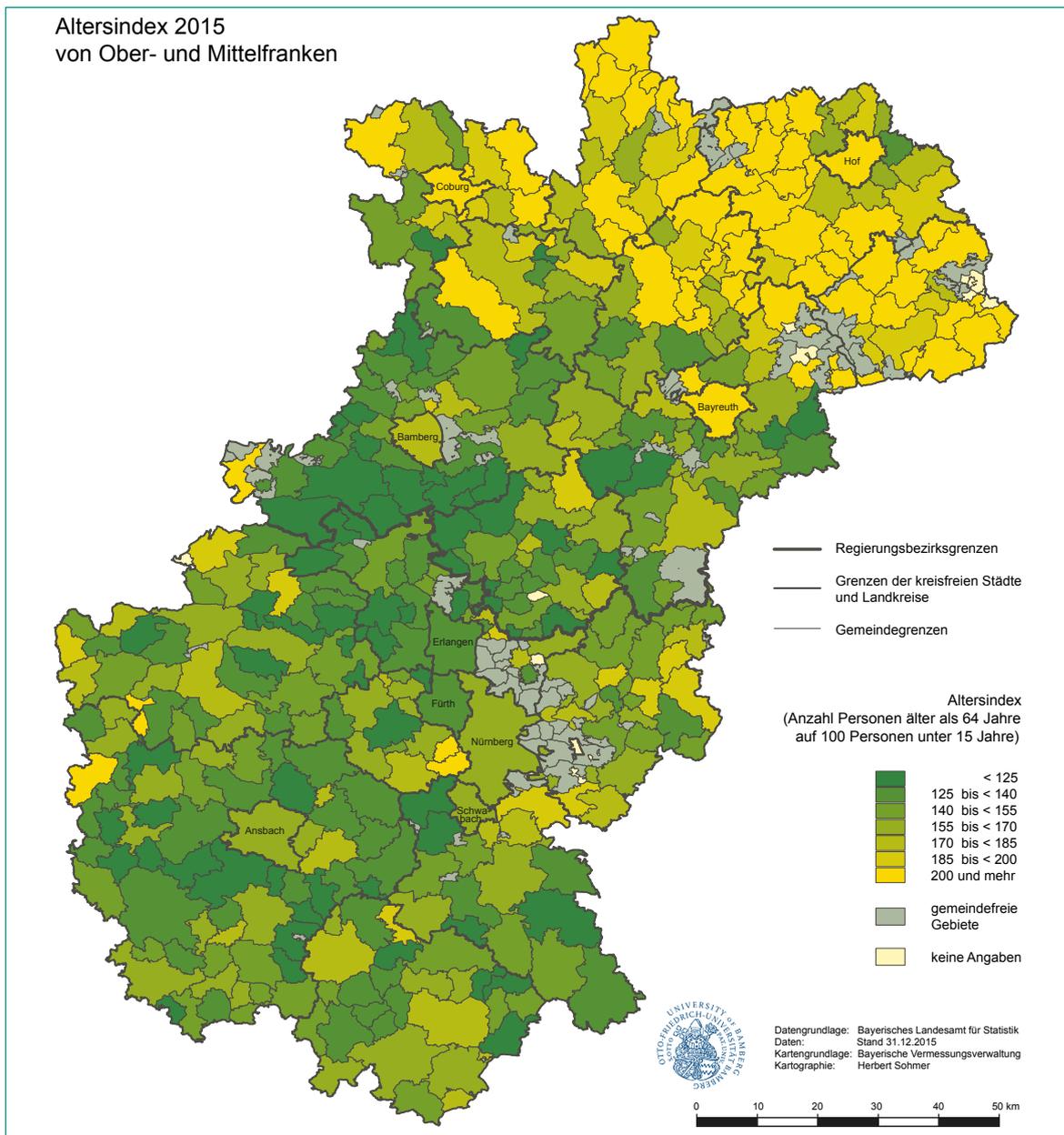


Abb. 2: Altersindex 2015 von Ober- und Mittelfranken.

Aus den Abbildungen lässt sich eine deutliche Steigerung des Altersindex von 1990 bis 2015 ablesen. Im Jahr 1990 war das Verhältnis zwischen Jugend und Alter mit einem Durchschnittswert von 102,5 in Oberfranken sowie 101,3 in Mittelfranken weitgehend ausgeglichen. Dieser hat sich jedoch bis zum Jahr 2015 in Oberfranken um 74,4 Prozent auf durchschnittlich 178,9 über 64-Jährige auf 100 unter 15-Jährige erhöht. In Mittelfranken fällt die Steigerung mit 51 Prozent auf einen Durchschnittswert von 152,9 vergleichsweise ge-

ringer aus. Insgesamt weisen aktuell nur wenige Städte und Gemeinden in den Regierungsbezirken ein weitgehend ausgeglichenes Verhältnis oder gar eine Mehrheit der unter 15-Jährigen auf (u.a. Oberreichenbach in Mittelfranken mit einem Altersindex von 78,6 sowie Kirchenpingarten in Oberfranken mit einem Altersindex von 80,8). Sehr hohe Altersindizes sind räumlich konzentriert in den Landkreisen Hof und Wunsiedel im nördlichen Oberfranken festzustellen. Die kleinräumigsten Disparitäten zum Altersindex sind

zwischen den mittelfränkischen Gemeinden der Landkreise Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim und Nürnberger Land im Nordwesten und Nordosten Mittelfrankens sowie dem direkt dazwischen liegenden Landkreis Erlangen-Höchstadt auszuweisen. Während sich fünf der zehn Gemeinden mit dem niedrigsten Altersindex im Landkreis Erlangen-Höchstadt verorten, kommen sechs der zehn Gemeinden mit den höchsten Altersindizes aus verschiedenen räumlichen Lagen der Landkreise Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim sowie Nürnberger Land. Im Ganzen zeigt sich, dass die Alterung nicht nur (wie oft zu lesen ist) ein Phänomen von Gemeinden in ländlich-peripheren Lagen darstellt: Auch zentrale Städte und Gemeinden sind von Alterung betroffen, einige Gemeinden in dezentralen und peripheren Lagen wiederum nicht. Hier bestätigt sich, dass weitsichtige und intelligente soziale, kulturelle und politische Entscheidungen den Altersindex steuernd beeinflussen können.

Wenn im Weiteren der Begriff der Intergenerationalität genutzt wird, soll dieses Bewusstsein um die ungleiche demographische Entwicklung in den Gemeinden in Ober- und Mittelfranken, gerade zwischen Alt und Jung, betont werden. Um die zentralen Inhalte des Begriffs der Intergenerationalität überhaupt erst fassbar zu machen, gilt es zunächst auf einen wichtigen Aspekt, nämlich auf das Verständnis des Begriffs der „Generation“ hinzuweisen. Mit „Generation“ werden Menschen bezeichnet, die hinsichtlich des Alters und der Zugehörigkeit zu bestimmten Geburtsjahrgängen je spezifische historische Erfahrungen des Aufwachsens durchlaufen haben (vgl. Böker & Zölch 2017: 2). Dieser letzte Punkt erscheint uns wichtig: Menschen in unterschiedlichen Generationen haben je andere Erfahrungen gemacht und verfügen also auch über ein anderes Wissen und Sichtweisen auf die Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe und Lebenserfahrungen.

So sind die Kontakte zwischen den Generationen, vor allem zwischen Alt und Jung, nicht schlechter geworden, auch wenn die Großfamilie, wie sie in den 1950er Jahren noch eine der dominanten Lebensformen in ländlichen Räumen war und in der das Miteinander der Generationen zwangsläufig vorzufinden war, heute kaum mehr vorzufinden ist. Aber sie sind seltener geworden, weil Familien häufiger als je zuvor in der Ge-

schichte nicht mehr zusammenwohnen und die regelmäßigen Kontakte innerhalb der Familie ausdünnen.

Die Stärkung des Miteinanders kann ein Baustein zur Herstellung einer sog. altersintegrierten Gesellschaft sein (Vanderbeck 2007). Damit ist gemeint, dass Ausbildung, Arbeit und Freizeit nicht klar an einzelne Phasen unseres Lebensverlaufs gebunden sind: Ausbildung und Bildung etwa für die Jugend, Freizeit und Erholung für ältere Menschen. Wenn man das aufbricht, kann es auch über die Generationen hinweg zu verstärkten Kontakten kommen. Und hier müssen wir uns alle fragen, ob wir die ältere und jüngere Generation ernst genug nehmen oder ob die lokale Politik sich nicht doch etwas zu sehr auf erwerbstätige Menschen im mittleren Alter, mit ihren Bedürfnissen aber auch körperlichen Befähigungen, konzentriert.

Dann könnte auch dort eine gewichtige Stärke gesehen werden, wo zumeist eine vermeintliche Schwäche erkannt wird: in der Alterung der Gesellschaft. Denn gerade Seniorinnen und Senioren können nicht nur mehr von ihrem Wissen, von ihrem Können an Jüngere weitergeben, sondern sind auch fitter als je zuvor in der Geschichte und wollen sich mehr denn je gesellschaftlich engagieren, wie der jüngste Engagementbericht der Bundesregierung (vgl. BmFSFJ 2017a) aufzeigt. Neben der Herausforderung für ländliche Gemeinden mit den Bedürfnissen und Ansprüchen einer älter werdenden Gesellschaft umzugehen, gerade wenn es um die Frage ihrer Zukunftsfähigkeit geht, gilt es demnach, die Perspektive zu erweitern und die lokal eigentypische Zusammensetzung von Personen aus unterschiedlichen Generationen als Ressource wahrzunehmen. Dazu sind aber notwendigerweise auch Orte zu schaffen oder vorhandene Orte zu stärken, an denen sich Alt und Jung begegnen und in einen gleichberechtigten Austausch treten können. Diese Räume wären dann auch neue „Marktplätze“ für gegenseitiges Lernen und der Ort, wo unterschiedliches Können und Wissen ausgetauscht wird und wo oftmals nicht artikulierbare Nachfragen und Bedürfnisse auf ein passendes Wissens- und Handlungsangebot treffen.

In der Forschung werden derartige kommunale Herausforderungen aktuell unter dem ambitionierten Stichwort der „kommunalen Intelligenz“ diskutiert (Hüther 2013). Eine so verstandene in-

telligente Gemeinde schafft es, das Wissen und Können sowohl jüngerer, wie auch älterer Menschen ernst zu nehmen und zu nutzen, aber auch die gegenseitigen Vorurteile sowie die ungleichen Ansprüche und Ressourcen der Generationen zu moderieren und ggf. zu „dämpfen“, um einen offenen und gleichberechtigten Austausch herzustellen. Zu diesem „Ernstnehmen“ gehört auch die Transparenz und die Bereitstellung von Plattformen zur Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner an diversen Entscheidungen vor Ort (u.a. durch Workshops oder gemeinsame Ortsspaziergänge). So können nicht nur lebensweltorientierte und auf die Gemeinde angepasste Entscheidungen getroffen werden, sondern auch alte Wege überdacht und Offenheit für neue Ideen entwickelt werden. Dieses Ernstnehmen, also der gesamtgesellschaftliche Blick, ist aus geographischer Sicht wichtig, um emotionale Ortsbindung herzustellen, die gerade im Zuge drohender Abwanderung richtungsweisend für Entscheidungen zum Dableiben sein kann und die wichtig ist, um starke und funktionierende ehrenamtliche Strukturen zu erhalten – auch das ist ein besonderes und wichtiges Kennzeichen ländlicher Räume.

Funktionierende soziale Strukturen und ein gelungenes soziales Miteinander aller Generationen vor Ort zu fördern, stellt demnach eine zentrale Herausforderung für ländliche Gemeinden dar, aber es ist eine lohnende Herausforderung. Und wenn sie bewältigt wird, eröffnen sich neue Möglichkeiten des kommunalen Handelns.

Die diesjährigen Beiträge

Der Frage, wie man dieses Miteinander zwischen den Generationen wieder stärken kann und wie solche Angebote vor Ort aussehen und aufgebaut werden können, widmeten sich Expertinnen und Experten aus Politik, Planung, Zivilgesellschaft und Verwaltung im Rahmen der 29. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche. Das Programm spiegelte die Breite des Themas wider (in alphabetischer Reihenfolge):

MARTINA BERGER (Sozial-, Bildungs- und Kulturreferentin des Landratsamts Coburg, Landkreisentwicklung & MORO-Geschäftsstelle): Entwicklung von Daseinsvorsorgestrategien im diskursiven Prozess – Modellregion Landkreis Coburg. [Vortrag in Heiligenstadt]

LIANE BLIETZSCH (Einrichtungsleiterin Coburg des AWO Bezirksverband Ober- und Mittelfranken e.V.): Wohlfahrtsverbände und Kommunen – gemeinsam soziale Teilhabe gestalten. [Vortrag in Ansbach]

MICHAEL JOHN (Leiter des Jugendamtes, Landkreis Arnstberg und ehem. Geschäftsführer des Basis-Instituts für Soziale Planung, Beratung & Gestaltung GmbH, Bamberg): Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen in und durch Kommunen – Beispiele und Erkenntnisse aus sozialen und städtebaulichen Planungen. [Vortrag in Heiligenstadt und Ansbach]

JOSEF MILLER (Staatsminister a.D. sowie Leiter des Sachausschusses „Land“ des Diözesanrates Bistum Augsburg): Gesellschaftliche Veränderungen und deren Bedeutung für die Dorfgemeinschaft - gemeinsam statt einsam. [Vortrag in Heiligenstadt und Ansbach]

WOLFGANG RÜCKERT (dritter Bürgermeister, Gemeinde Langenfeld): Mehrgenerationenhaus Dorflinde Langenfeld. Eine bürgerschaftliche Entwicklungsphilosophie für die gesamte Gemeinde. [Vortrag in Ansbach]

HILDEGARD SCHOß (Gründerin der Mehrgenerationenhaus-Idee): Die Rückkehr des Lebens in die Nachbarschaft. Zur Bedeutung von Mehrgenerationenhäusern am Beispiel des SOS-Mütterzentrum Salzgitter-Mehrgenerationenhauses. [Vortrag in Heiligenstadt]

Ihnen gilt unser herzlicher Dank. Dank Ihrer Vorträge konnten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche die Heimfahrt mit neuen Ideen, Wegen und Möglichkeiten für die Gestaltung der Lebensverhältnisse vor Ort antreten.

Durch die Verschriftlichung geben die Vortragenden nun auch allen Interessierten, die an den Gesprächen nicht teilnehmen konnten, die Möglichkeit, von ihrem Wissen und Können sowie ihren Ideen zu profitieren – dies ist, gerade auch vor dem Hintergrund der jeweiligen zeitintensiven beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten, besonders hervorzuheben.

Literatur

- Böker, Kathrin & Zölch, Janina (2017): Intergenerationale Qualitative Forschung. Wiesbaden: Springer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BmFSFJ) (2017a): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. (<http://bit.ly/2sUwoKB>, 22.06.2017)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BmFSFJ) (2017b): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (<http://bit.ly/2t3f1Fu>, 26.06.2017)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2016): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts. (<http://bit.ly/2spsFR8>, 26.06.2017)
- Hüther, Gerald (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg: edition Körber-Stiftung.
- Vanderbeck, Robert (2007): Intergenerational Geographies: Age Relations, Segregation and Re-Engagements. In: Geography Compass 1 (2): 200–221.



MARC REDEPENNING, CLAUDIA HEFNER

Prof. Dr. Marc Redepenning ist Leiter des Lehrstuhls für Kulturgeographie am Institut für Geographie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Seit Juli 2013 ist er stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer des Instituts für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V.



Dipl.-Geogr. Claudia Hefner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geographie der Universität Bamberg.

Gemeinsam haben sie die 29. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche organisiert und geleitet.

marc.redepenning@uni-bamberg.de

claudia.hefner@uni-bamberg.de

www.uni-bamberg.de/geo1/

Facebook: *http://bit.ly/1Ia6Ko5*

Entwicklung von Daseinsvorsorgestrategien im diskursiven Prozess – Modellregion Landkreis Coburg

Wie kann die ärztliche Versorgung auf dem Land sichergestellt werden? Welche und vor allem wie viele Ehrenamtliche werden sich künftig noch finden, um sich im Brand- und Katastrophenschutz zu engagieren? Gibt es ausreichende und erreichbare Versorgungsstrukturen für die Güter des täglichen Bedarfs? Wohin soll sich der ÖPNV entwickeln? Welche Versorgungsstrukturen werden künftig für die ältere Bevölkerung gebraucht? Welche Auswirkungen hat der Rückgang der jungen Bevölkerung auf unsere Schulstandorte und Kindertageseinrichtungen? Die Sicherung der Daseinsvorsorge ist im Zeichen des demografischen Wandels eine große Aufgabe für die Landkreise und ihre Städte und Gemeinden, die viele Fragen nach sich zieht und die alle Bevölkerungsschichten und Altersklassen betrifft. Das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gab deutschlandweit insgesamt 21 Regionen die Möglichkeit, sich frühzeitig und strategisch mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auseinanderzusetzen und in einem diskursiv angelegten Prozess Anpassungsstrategien zu entwickeln. Eine der Modellregionen war der Landkreis Coburg.

Aktuell leben im Landkreis Coburg, der im Norden Bayerns an Südthüringen angrenzt, ca. 88.000 Einwohnerinnen und Einwohner auf einer Fläche von 590 km². Er ist damit zu den ländlichen Regionen mit höherer Dichte zu zählen. In der geografischen Mitte liegt die kreisfreie Stadt Coburg, die als Oberzentrum wichtige Versorgungsfunktionen für den Kreis mit seinen 17 kreisangehörigen Städten und Gemeinden wahrnimmt. Im Kreis selbst gibt es kein dominierendes eigenes Zentrum, sondern - insbesondere was die Verkehrsadern angeht - eine klare Ausrichtung auf das in der Mitte liegende Oberzentrum. Der Kreis ist von einer dezentralen Siedlungsstruktur mit eher kleinen Gemeinden und insgesamt 141 Ortsteilen geprägt.

Der demografische Wandel macht auch vor dem Coburger Land nicht Halt, wenngleich ein stetiger Bevölkerungsrückgang eigentlich nichts Neues ist. Der Blick in die Vergangenheit zeigt, dass in der Region bereits seit dem Jahr 1972 die Bevölkerung beständig abnimmt. Durch die Grenzüffnung im Jahr 1989 und als Folge der sich daran anschließenden Wanderungsbewegungen von Ost nach West hatte der Landkreis zehn Jahre lang ein starkes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen, das deutlich über dem Bundesniveau lag. Seit dem Jahr 2000 hat sich dieser Trend allerdings umgekehrt. Es werden weniger Kinder geboren, als Menschen versterben und gerade junge Menschen, darunter vor allem Frauen, verlassen nach dem Erwerb des Schulabschlusses die Region – zum Teil, um anderenorts zu studieren oder um dort ihren Wunschberuf zu erlernen, beziehungsweise in ihm arbeiten zu können (vgl. Berger & Schmitz 2012).

Die sich durch den stetigen Bevölkerungsrückgang und die deutliche Verschiebung der Altersstruktur ergebenden Veränderungen machen es notwendig, sich frühzeitig und zielgerichtet in einen Prozess zu begeben, der zum Ziel hat, mittel- bis langfristige Anpassungsstrategien zu entwickeln. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hatte hierfür ein Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) mit dem Titel „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ aufgelegt. 21 Regionen, davon sechs regionale Verbünde, neun Landkreise (darunter auch der Landkreis Coburg) und sechs Gemeindeverbünde erhielten so die Möglichkeit, sich anhand eines vorgegebenen Verfahrens in einem zweijährigen Prozess von 2012 bis 2013 mit ihrer Zukunft auseinander zu setzen (vgl. Dehne & Kaether o.J.). Der im Kern vorstrukturierte Prozess diente dazu, sich systematisch und gemeinsam mit vielen Partnern mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Leben in der Region zu beschäftigen und dabei auch die Wechselwirkungen in den Blick zu nehmen, die in den einzelnen Hand-

lungsfeldern auftreten können. Fällt beispielsweise ein Schulstandort aufgrund zu niedriger Schülerzahlen weg, so betrifft dies auch den öffentlichen Personennahverkehr und mitunter die Nahversorgung und die ärztliche Versorgung, denn die Schulbuslinie, die dann nicht mehr fährt, steht auch nicht mehr für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung, die sie zum Einkaufen oder zum Arzt genutzt haben. Es ging also vor allem auch darum, die sektoralen Planungsüberlegungen in eine integrierte Gesamtplanung zu überführen. Für die einzelnen Infrastrukturbereiche sollten, daran anknüpfend, langfristige und nachhaltige Anpassungsstrategien in verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt werden, die untereinander abzustimmen waren. Um diesen Prozess und die erzielten Ergebnisse tragfähig und nachhaltig zu gestalten, wurde nicht am „grünen Tisch“ geplant, sondern viele Akteurinnen und Akteure der Region mit einbezogen, um damit auch das Wissen in den einzelnen Handlungsfelder anzureichern. Der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern kam dabei eine besondere Bedeutung zu, denn sie sind die Expertinnen und Experten für ihre Lebenswelten vor Ort, deren Sicht es einzubeziehen gilt. Die Erstellung einer „Regionalstrategie zur Daseinsvorsorge“ ist somit nicht nur der am Ende stehende Bericht, der Handlungsempfehlungen für die politische und organisatorische Umsetzung gibt, sondern vor allem auch der diskursive Prozess mit breiter Beteiligung (vgl. BMVBS/BBSR 2011: 9). Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unterstützte die Modellregionen dabei zum einen durch eine intensive Prozessbegleitung und Schaffung von Austauschmöglichkeiten der Regionen untereinander und zum anderen durch finanzielle Zuwendungen, um die im Rahmen des Prozesses notwendig werdenden Datenerhebungen und Analysen durchführen zu können. Auch die einzelnen Bundesländer waren in den Prozess eingebunden und unterstützen die Modellregionen bei ihren Vorhaben. Das Coburger Land hatte hier im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie einen sehr hilfreichen Ansprechpartner und Prozessbegleiter.

Da der Aktions- und Versorgungsradius der Bürgerinnen und Bürger oftmals über die administrativen Grenzen des Landkreises Coburg hinausreicht und es zahlreiche funktionale Verflech-

tungen mit der, in der Mitte gelegenen, kreisfreien Stadt Coburg und den angrenzenden Landkreisen Bayerns und Südthüringens gibt, haben sich 2012 drei Partner gemeinsam auf den Weg der Strategieentwicklung begeben: der Landkreis Coburg gemeinsam mit dem Regionalmanagement, das auch den Blick in die Stadt Coburg hat und der „Initiative Rodachtal“, einer interkommunalen grenzübergreifenden Kooperation mit Südthüringen, die bereits seit den 90er Jahren besteht. So war es möglich, in die Planungsüberlegungen auch die Wechselwirkungen und Verflechtungen mit den Nachbarregionen mit einzubeziehen.

In den Prozess waren auch alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Kreises Coburg intensiv eingebunden. Die Runde der 17 Bürgermeister bildete gemeinsam mit dem Landrat die zentrale Steuerungsinstanz für den Gesamttablauf. In dieser Runde wurden acht Themenfelder festgelegt, in denen aus kommunalpolitischer Sicht die größten Handlungsnotwendigkeiten gesehen wurden und die im Prozess mit den nachfolgend benannten Leitfragen bearbeitet werden sollten:

Gesundheit und ärztliche Versorgung

Was kann getan werden, um auch in der Fläche langfristig eine gute haus- und fachärztliche Versorgung sicherzustellen? Wie kann die Gesunderhaltung der Bevölkerung in allen Altersgruppen präventiv unterstützt werden?

Senioren

Themenfeld Wohnen und Wohnumfeld

Wie kann möglichst langes Leben im heimischen Umfeld gewährleistet werden? Welche Anpassungsmaßnahmen sind im privaten und öffentlichen Bereich notwendig? Welche alternativen Wohnkonzepte sind denkbar?

Themenfeld Pflege

Wie kann der Pflegebedarf auf dem Land gedeckt werden? Welche Organisationsformen sind dafür nötig? Wie ist der zukünftige Pflegepersonalbedarf zu decken?

Themenfeld Freizeit, Kultur, Begegnung

Welche Möglichkeiten gibt es, örtlich adäquate Angebote für die ältere Bevölkerung vorzuhalten? Welche bestehenden Infrastrukturen sind künftig durch Umnutzung oder Nutzungsaufschichtung

auch für diese Zielgruppe gestaltbar? Was kann getan werden, um körperliche und geistige Fitness zu erhalten?

Energieversorgung

Welche erneuerbaren Energien passen in und für die Region? Wie können Bürgerinnen und Bürger an regionalen Energieprojekten beteiligt werden?

Schulen

Wie kann Bildungsqualität bei sinkenden Schülerzahlen gesichert werden? Welche innovativen Lernformen können die bestehenden Formen ergänzen? Wie kann die Trias aus Bildung, Erziehung und Betreuung weiter gestärkt und ausgebaut werden?

Nahversorgung

Wo gibt es in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs Versorgungslücken oder -lücken? Wie können diese geschlossen werden?

Siedlungs- und Flächenmanagement

Wie kann dem Leerfallen von Gebäuden entgegengewirkt werden? Wie wird mit bestehendem Leerstand umgegangen? Welche interkommunalen Herangehensweisen sind notwendig, um dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung Rechnung zu tragen?

Brand- und Katastrophenschutz

Wie kann bei abnehmender Bevölkerung sichergestellt werden, dass auch künftig ausreichend Hilfskräfte im Brand- und Katastrophenfall vorhanden sind? Welche Anreizsysteme sind entwickelbar, um das ehrenamtliche Engagement in diesem Feld zu stärken?

Mobilität

Welcher Mobilitätsmix ist zukünftig notwendig, um eine gute Erreichbarkeit der Infrastrukturen sicherzustellen? Welche innovativen Formen und Konzepte sind denkbar?

In den benannten Handlungsfeldern wurden in der Folge Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils im Tandem von einem Bürgermeister und einem

Verwaltungsmitarbeitenden geleitet werden. In diesen Arbeitsgruppen waren im Rahmen des Prozesses insgesamt 148 Akteurinnen und Akteure aus der Region sehr engagiert an der Strategieerstellung beteiligt. Die Erfahrungswerte aus lange andauernden Arbeitsgruppenphasen anderer Projekte zeigten, dass oftmals zwar mit großem Engagement und vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gestartet wurde, im Laufe der Zeit deren Anzahl jedoch „bröckelte“ und letztlich zu einer Rumpfarbeitsgruppe zusammenschrumpfte. Dies galt nicht für diesen Strategie-Prozess. Es gab insgesamt nur eine sehr geringe Fluktuation und ein hohes und andauerndes thematisches Interesse. Ein Erfolgsfaktor hierfür war, dass für die Arbeitsgruppenphase ein klarer Ablaufplan vorlag, in dem festgelegt war, was jeweils in den sechs Treffen pro Handlungsfeld erarbeitet bzw. vertieft werden soll.

Um eine solide Arbeitsgrundlage zu schaffen, wurde im Landkreis Coburg in einem ersten Schritt eine kleinräumige Bevölkerungsprognose bis 2030 erstellt, die bis auf die Ebene der einzelnen Ortsteile reicht. Da ein Großteil der Städte und Gemeinden unter 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner aufweist, können durch die Prognose zwar keine statistisch gesicherten Aussagen gemacht werden, es wird darüber aber möglich, auch für die Entwicklung der kleinen Ortschaften im Landkreis im Sinne einer „Abschätzung“ Aussagen zu treffen. Im zweiten Schritt wurden die Siedlungsstrukturen ebenso kleinräumig erfasst und mit der Bevölkerungsabschätzung hinterlegt, um einen Eindruck zu bekommen, wie sich die Strukturen im Coburger Land bis zum Jahr 2030 verändert haben. Da die Erreichbarkeit von Infrastrukturen im ländlichen Raum eine zentrale Bedeutung hat, wurden im dritten Schritt Erreichbarkeitsanalysen erstellt, die die einzelnen Verkehrswege mit konkreten Zeiten die notwendig sind um von Punkt A nach Punkt B zu kommen (fußläufige Erreichbarkeit, Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, Erreichbarkeit im Individualverkehr) hinterlegt.

Dieses Datengrundgerüst stand allen Arbeitskreisen zur Verfügung und wurde handlungsfeldbezogen um vertiefende Betrachtungen ergänzt.

Speziell für das Handlungsfeld Senioren war es hilfreich, über eine kartografische Darstellung deutlich zu machen, wie es um die Erreichbarkeit von Lebensmittelläden, Post- und Bankdienstleistungen, Haus- und Fachärzten etc. in den ein-

zelenen Ortsteilen bestellt ist, um abschätzen zu können, wie realistisch sich das Ziel „daheim statt Heim“ verwirklichen lässt. Ebenso hilfreich war es, über die Bevölkerungsprognose deutlich zu machen, dass immer weniger jüngere Menschen immer mehr älteren Menschen gegenüberstehen werden und dass somit die Anzahl derer, die sich um die ältere Generation kümmern können, immer mehr abnimmt.

Um die hausärztliche Versorgung zu erfassen wurden die aktuellen Praxissitze kartographiert und mit dem Alter der dort praktizierenden Ärzte hinterlegt. Die Bevölkerung wurde den Praxissstandorten nach vorhandenen Patientenaufnahmekapazitäten zugeteilt, um den Status Quo in der Versorgung zu erfassen. In der Folge sind zwei Szenarienberechnungen (worst-case; best-case) erstellt worden, um sichtbar zu machen, wie sich die Versorgungslage bis zum Jahr 2030 verändert, wenn (Szenario 1) keiner der wegfallenden Praxisstandorte wiederbesetzt werden kann oder (Szenario 2) die Hälfte der wegfallenden Praxisstandorte wiederbesetzt werden kann. Auf diesem Weg war es sehr gut möglich, künftig potenziell auftretende teilräumliche Versorgungsdefizite herauszuarbeiten und Strategien zu entwickeln, wie diesen entgegengewirkt werden kann.

Der Arbeitskreis, der sich aus dem ärztlichen Kreisverband, dem Hausärzterein, dem Regio-Med-Klinikverbund, der kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, der AOK-Direktion, der Hochschule Coburg, dem gewerbeärztlichen Dienst und weiteren Akteurinnen und Akteuren aus dem Gesundheitswesen zusammensetzt, diskutierte die Ergebnisse der Szenarienberechnungen sehr intensiv. Einige Ableitungen daraus lassen sich verkürzt wie folgt darstellen: Zum einen müssen die bestehenden Hausarztpraxisstandorte gestärkt werden, indem – da wo möglich – im Arbeitsumfeld Entlastungen geschaffen werden. Zum zweiten müssen die Umfeldbedingungen so gestaltet werden, dass sich junge Ärztinnen und Ärzte gerne in der Region ansiedeln. Das setzt – neben der zur Verfügungstellung von sehr guten Kinderbetreuungsangeboten zu passenden Zeiten – auch voraus, dass an gut erreichbaren Orten im Landkreis Immobilien zur Verfügung stehen, die von den Ärztinnen und Ärzten als Gemeinschaftspraxis anmietbar sind. Wenn mehrere Ärztinnen und Ärzte sich einen Praxisstandort im Mietverhältnis

teilen, ist für sie zum einen das wirtschaftliche Risiko kalkulierbarer und zum zweiten die Option gegeben, auch in flexiblen Beschäftigungsmodellen arbeiten zu können, da auch hier die „Work-Life-Balance“ eine immer größere Rolle spielt. Für die jungen Ärztinnen und Ärzte ist der „Landarzt vom alten Schlag“ der sich fast ausschließlich seinem Beruf verschrieben hat, und immer für seine Patientinnen und Patienten da ist, keine Option mehr. Vor allem für die zahlreichen jungen Ärztinnen ist es wichtig, Beschäftigungsmodelle vorzufinden, die ihnen auch Babypausen, Kinderbetreuungszeiten und damit eine hohe Individualität ermöglichen. Der Arbeitskreis hat das Themenfeld demnach aus mehreren Dimensionen betrachtet. Zum einen räumlich, um festzulegen, wo der Bedarf künftig am größten sein wird und welche Standorte sich zur Errichtung einer Gemeinschaftspraxis anbieten könnten, zum zweiten aber vor allem auch inhaltlich, um der Frage nachzugehen wie die bestehende Ärzteschaft gestärkt und junge neue Ärzte für die Region gewonnen werden können.

Letztlich wird es im Bereich der ärztlichen Versorgung, sowie in vielen anderen Handlungsfeldern darum gehen, „dezentral zu zentralisieren“. Nicht alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden werden künftig ihr momentan vorhandenes Infrastrukturportfolio erhalten können. Durch planvolles strategisches Vorgehen, so wie es das MORO „Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge“ vorsieht, wird es zwar möglich den Prozess selbst zu steuern, statt sich mittelfristig durch die stattfindenden Entwicklungen steuern zu lassen, der Weg ist aber nicht einfach und für einzelne Gemeinden durchaus auch schmerzhaft. Er erfordert einen starken Willen zur interkommunalen Kooperation und den Mut, sich auch schwierigen Wahrheiten bereits heute zu stellen, statt sie „auszusitzen“. Insbesondere für die politisch Verantwortlichen in den Gemeinden „schwere Kost“, da sie diejenigen sind, die ihren Bürgerinnen und Bürgern erklären müssen, warum beispielsweise gerade in ihrer Gemeinde dauerhaft keine ärztliche Versorgung mehr fußläufig erreichbar sein wird. Umso erfreulicher war es festzustellen, dass auch nach Vorliegen der kleinräumigen Prognosen für die einzelnen Handlungsfelder und den, im Prozessverlauf erarbeiteten, darauf aufbauenden Handlungsempfehlungen keine „Rückzieher“

gemacht wurden. Sowohl in den Fachausschüssen, wie auch im Kreistag wurden die Ergebnisse des Strategieprozesses sehr ernsthaft diskutiert. Die Arbeitskreise hatten über 50 Handlungsempfehlungen vorgelegt, die ausnahmslos beschlossen wurden und von denen in der Zwischenzeit 47 bereits umgesetzt wurden.

Literatur

Berger, Martina & Martin Schmitz (2002) Zu- und Wegzugsbefragung in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden des Landkreises Coburg. Eigenerhebung des Landratsamts Coburg über 2 Jahre. unveröffentlicht

BMVBS/BBSR (2011): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Denkanstöße für die Praxis. Berlin, Bonn.

Dehne, Peter & Johann Kaether, (o.J.): Einige ausgewählte Informationen über die 21 Modellregionen im Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Hochschule Neubrandenburg. <http://www.bmvbs.de/aktionsprogramm-regionale-daseinsvorsorge-informationen-modellregionen.pdf>. Zugriff: 26.07.2013

MARTINA BERGER

Martina Berger ist Sozial-, Bildungs- und Kulturreferentin des Landratsamts Coburg, Landkreisentwicklung & MORO-Geschäftsstelle.

Martina.Berger@landkreis-coburg.de

www.coburgerland-im-wandel.de



Wohlfahrtsverbände und Kommunen – gemeinsam soziale Teilhabe gestalten

Den Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen und mit gezielten Maßnahmen gestalten – diese Grundhaltung prägt die Zusammenarbeit zwischen dem AWO-Mehrgenerationenhaus und der Stadt Coburg. Wie dies gelingt und umgesetzt wird, wird im Folgenden aus Sicht des AWO-Mehrgenerationenhauses dargestellt.



Eine kurze Einführung

Das AWO-Mehrgenerationenhaus (kurz: MGH), Treff am Bürglaßschlösschen (kurz: Treff) ist eine offene Begegnungsstätte für Menschen jeden Alters. 1993 wurde der Treff als Seniorentreff und als Modellprojekt der offenen Altenhilfe ins Leben gerufen. Die Einrichtung befindet sich in Trägerschaft des AWO Bezirksverbands Ober- und Mittelfranken e.V. und wird als freiwillige Leistung der Stadt Coburg finanziert. Mit der Aufnahme in das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Jahr 2008 wurde der Seniorentreff ein Mehrgenerationentreff und nennt sich seitdem AWO-Mehrgenerationenhaus. Auch nach Austritt aus dem Aktionsprogramm I zum 31.12.2012 trug der Treff den generationenübergreifenden Gedanken weiter und konnte zum 01.01.2017 wieder in die Bundesförderung durch das Bundesamt für zivilrechtliche Aufgaben (BAF-

zA) aufgenommen werden. Die Stadt unterstützte die Antragstellung in der Form, als dass sie die für die Bewerbung notwendige Zusage zur Kofinanzierung sowie den kommunalen Beschluss über die Einbindung des AWO-Mehrgenerationenhauses erbrachte.

Das MGH, der Treff, ist zentral gelegen und verfügt in unmittelbarer Nähe über eine Busanbindung. Die offene Begegnungsstätte nutzen jährlich mehr als 32.000 Menschen. Gäste kommen zum Mittagessen, nachmittags ins Café, nehmen an Veranstaltungen teil oder kommen als Ratsuchende in die Einrichtung. Die Angebote können von jeder und jedem genutzt werden, egal welchen Alters - eine AWO-Mitgliedschaft o.ä. ist nicht erforderlich. Zu den wöchentlichen Kursangeboten zählen Bildungsangebote wie Englisch- oder Französischkurse, Qigong, Aquarellmalen, Boulespielen oder Wirbelsäulengymnastik. Darüber hinaus gibt es monatliche Angebote wie z.B. die kulinarische Reise oder Vorträge zu verschiedenen Themen. Vielfältige Generationenprojekte, die in Zusammenarbeit mit Kinder-, Jugend- und Bildungseinrichtungen stattfinden, ermöglichen den Dialog und das Miteinander der Generationen. In der Fachstelle für pflegende Angehörige, die in das Haus integriert ist, erhalten Ratsuchende rund um das Thema Pflege und Demenz Unterstützung. Die Angebotsvielfalt ist dank des überaus großen ehrenamtlichen Engagements möglich. Über 300 Ehrenamtliche engagieren sich als Kursleiterinnen und Kursleiter, im Café als Servicekräfte, als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Generationenprojekten oder bei Kindergeburtstagen und als Helferinnen und Helfer zur stundenweisen Entlastung von Angehörigen. Die Bündelung der vielen Fähigkeiten und Interessen der Ehrenamtlichen macht die Programmvelfalt der Angebote möglich. Die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen erfolgt auf gleicher Augenhöhe. Regelmäßige Fortbildungen und jährliche Ehrenamtsfeste sind einige Punkte der Ehrenamtskultur.

Demographische Situation

Zum 31.12.2016 zählte die kreisfreie Stadt Coburg 41.317 Einwohnerinnen und Einwohner (Quelle: Einwohnermeldeamt). Coburg ist vom demographischen Wandel stark betroffen. Laut statistischer Erhebungen ist davon auszugehen, dass die Altersgruppe der 65 bis 70-Jährigen zum Jahr 2030 am stärksten wächst (Quelle: MODUS Bamberg: kleinräumige Bevölkerungsprojektion für die Stadt Coburg – Teilbericht 1). Die Stadt Coburg beschloss bereits Ende 2001 im Sozialhilfeausschuss, die kommunale Altenhilfeplanung in eine umfassende und kontinuierliche Sozialhilfeplanung einzubetten. Ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept wurde erstmalig 2006 von der Stadt Coburg erstellt – seit 2008 erfolgen regelmäßige Fortschreibungen. Für 2018 ist die zweite Fortschreibung der Altenhilfeplanung mit Maßnahmenempfehlungen geplant. Aktuell wird dafür eine repräsentative Seniorinnen- und Seniorenbefragung vorbereitet, die im 2. Halbjahr 2017 stattfindet.

Zusammenarbeit zwischen AWO – Mehr- generationenhaus und der Stadt Coburg

Das MGH liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bürglaßschlösschen, wo unter anderem der dritte Bürgermeister und Sozialreferent sowie das Sozialamt ihren Sitz haben. Es besteht eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung mit der Stadt Coburg, insbesondere mit dem Sozialamt der Stadt. Bereits Anfang der 90er Jahre wurde die Einrichtung einer Seniorenbegegnungsstätte für wichtig erachtet und umgesetzt. Als freiwillige Leistung der Stadt Coburg finanziert, sind das Sozialamt – der Sozialamtsleiter – und der Sozialreferent sowie dritte Bürgermeister wichtige Kooperationspartner und Wegbereiter. Die Zusammenarbeit erfolgt auf Augenhöhe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MGH unterstützen mit ihrem fachlichem Wissen, sind an der Umsetzung von Maßnahmenempfehlungen im Rahmen der Altenhilfeplanung beteiligt und in verschiedenen Gremien aktiv wie z.B. in der Planungsgruppe zur Fortschreibung der Altenhilfeplanung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Auch in den Maßnahmenempfehlungen der Handlungsfelder des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts findet das MGH als Kooperationspartner und Akteur zur Umsetzung verschiedener Maßnahmen Erwähnung. So war

und ist es in der Entwicklung verschiedener Konzeptionen zu alternativen Wohnformen beteiligt, initiiert bedarfsgerechte Angebote und Veranstaltungen zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und ergreift Maßnahmen zur Förderung der Anerkennungskultur im Ehrenamt.

Das MGH ist als Partner im Bündnis „Coburg – Die Familienstadt“ engagiert, beteiligt sich an gemeinsamen Veranstaltungen, ist in der Lenkungsgruppe aktiv und war an der Erstellung des Familienpolitischen Gesamtkonzepts (2013) punktuell beteiligt. Das MGH wirkte bei der Ausarbeitung des Handlungsfeldes Ehrenamt in Zusammenarbeit mit anderen Stellen der Stadt Coburg, die ehrenamtliches Engagement bündeln, mit.

Das MGH versteht sich als ein Akteur in Coburg, der in Kooperation mit der Stadt den Risiken und Herausforderungen des demographischen Wandels durch gezielte Maßnahmen vorbeugt bzw. entgegenwirkt. Die Stadt Coburg und das MGH beteiligten sich gemeinsam an Ausschreibungen, um in diesem Sinne mittels zusätzlicher Projektförderungen neue Ideen aufzugreifen und umsetzen zu können, die Antworten auf den demographischen Wandel geben. Für die Ausschreibungen waren gemeinsame Konzeptausarbeitungen und Abstimmungen nötig, die Umsetzung der Projekte erfolgte in Kooperation. Die folgenden vier Projekte stehen stellvertretend für die gemeinsame Gestaltung sozialer Teilhabe in der Stadt Coburg durch die effektive und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Kommune und Wohlfahrtsverband.

- 2008/2009 „Alter schafft Neues - Aktiv im Alter“ ein Förderprojekt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Mittels verschiedener Maßnahmen wurden die Bedürfnisse und Wünsche von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern erfasst. In Coburg fand das Bürgerforum statt – an einem Nachmittag konnten Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Seniorinnen und Senioren in fünf Workshops miteinander diskutieren, ohne Computer miteinander an großen Moderationstafeln „chatten“ und ihre Meinungen austauschen bzw. ergänzen. Die Ergebnisse wurden den Handlungsfeldern des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts zugeordnet und flossen in die Sozialhilfeplanung ein.

- 2010/2011 „EFI Seniorentainer/in - Erfahrungswissen für Initiativen“ über das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements im dritten Lebensalter. Ehrenamtlich Interessierte ab dem 50. Lebensjahr werden zu Seniorinnen- und Seniorentainer/innen ausgebildet, in dem sie gezielt „Handwerkszeug“ für das Durchführen von ehrenamtlichen Projekten an die Hand bekommen. Die Schulung erfolgte in Kooperation der Stadt – dem Büro Senioren & Ehrenamt – und dem MGH. Auch über die Schulung hinaus werden die Ehrenamtlichen von den Kooperationspartnern begleitet. Aus der EFI-Initiative entstanden in Coburg Projekte wie der „Coburger Senioren Service“ oder es konnten bestehende Projekte wie der „Coburger Besuchsdienst“ erfolgreich weitergeführt werden.
- Als eine Handlungsempfehlung des Familienpolitischen Gesamtkonzepts (2013) wurde die Durchführung eines Ehrenamtsfachtages ausgesprochen. Seit 2014 plant und veranstaltet das Büro Senioren & Ehrenamt und das MGH jährlich einen Ehrenamtsfachtage, der sich an alle ehrenamtlich Tätigen in Coburg richtet.
- Juni 2016 bis Juni 2017: Projekt Paten für Flüchtlinge – ehrenamtlich Aktive begleiten Menschen mit Fluchterfahrung im Sinne eines Mentorings. Neben individuellen Treffen der Tandems werden von den Kooperationspartnern begleitende Veranstaltungen und Austauschtreffen angeboten.

Die Ausführungen zeigen, wie zielgerichtet und vielfältig die Vernetzung zwischen Wohlfahrtsverband und Kommune gestaltet und soziale Teilhabe ermöglicht werden kann. So können Projekte initiiert und nachhaltig umgesetzt werden, die eine Antwort auf die Herausforderungen des demographischen Wandels geben können.



LIANE BLIETZSCH

Liane Blietzsch ist seit 2005 in der Fachstelle für pflegende Angehörige sowie im Bereich generationenübergreifender in Coburg als Sozialpädagogin und Psychogerontologin tätig. Seit 2013 ist sie Einrichtungsleiterin des AWO-Bezirksverbands Ober- und Mittelfranken e.V. in Coburg.

Liane.Blietzsch@awo-ofr-mfr.de
www.awo-ofr-mfr.de/

Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen in und durch Kommunen

Beispiele und Erkenntnisse aus sozialen und städtebaulichen Planungen

Als Reaktion auf verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen bringen viele ländlich geprägte Gemeinden interessante und zukunftsweisende Ideen hervor. Bevor auf innovative Ansätze eingegangen wird, werden zunächst einige Faktoren dieser gesellschaftlichen Entwicklungen beleuchtet.

Uns allen ist inzwischen bewusst, dass sich unsere Gesellschaft in einem andauernden Veränderungsprozess befindet. Oft wird beim Blick auf die demografische Entwicklung der Trend mit „weniger, älter, bunter“ zusammengefasst. Die demografische Entwicklung setzt sich zusammen aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Geburten und Sterbefälle), die in den meisten Regionen in Deutschland seit langem von einem Sterbeüberschuss geprägt ist und aus der Siedlungsentwicklung (Wanderungsbewegung in Bezug auf das Zielgebiet), die je nach Region sehr unterschiedlich ausfällt. Gerade die peripheren Ländlichen Räume sind vielfach von Abwanderungen geprägt. Im Gespräch mit lokalen Planungsakteurinnen und -akteuren in ländlichen Orten bekommt man vielfach vermittelt, dass sich die örtliche Bevölkerung anders als in Städten eher statisch präsentiert: Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner seien vor Ort geboren, oder würden schon lange dort wohnen.

Wenig Bevölkerungsbewegung in Ländlichen Räumen?

In einer Vielzahl von Planungsprojekten hat das BASIS-Institut die lokale demografische Situation untersucht. Als durchaus typisches Beispiel der Entwicklung Ländlicher Räume kann die knapp über 8.700 Einwohnerinnen und Einwohner zählende Stadt Nittenau in der Oberpfalz angeführt werden. Nittenau liegt ca. 30 Kilometer nördlich der boomenden Stadt Regensburg. Als Grundlage eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes wurden Daten des Einwohnermeldeamtes analysiert. Die

Entwicklung stellte sich im Jahr 2015 wie folgt dar: Innerhalb von fünf Jahren wurde in Nittenau ein Wanderungsüberschuss von 377 Menschen erzielt. Aus dem Ausland sind in fünf Jahren 718 Menschen zu- und 332 weggezogen, so dass sich ein Wanderungsüberschuss, bezogen auf die Wanderungen über die Landesgrenzen, von 386 ergab. Diese Entwicklung lag vor dem umfassenden Flüchtlingszustrom der letzten drei Jahre.

Region	Zuzug aus	Wegzug nach	Saldo
Landkreis Schwandorf	435	520	-85
Rest Oberpfalz	723	638	85
Rest Bayern	108	249	-141
Rest Deutschland	302	165	137
Ausland	718	332	386
unbekannt	9	14	-5
Gesamt	2.295	1.918	377

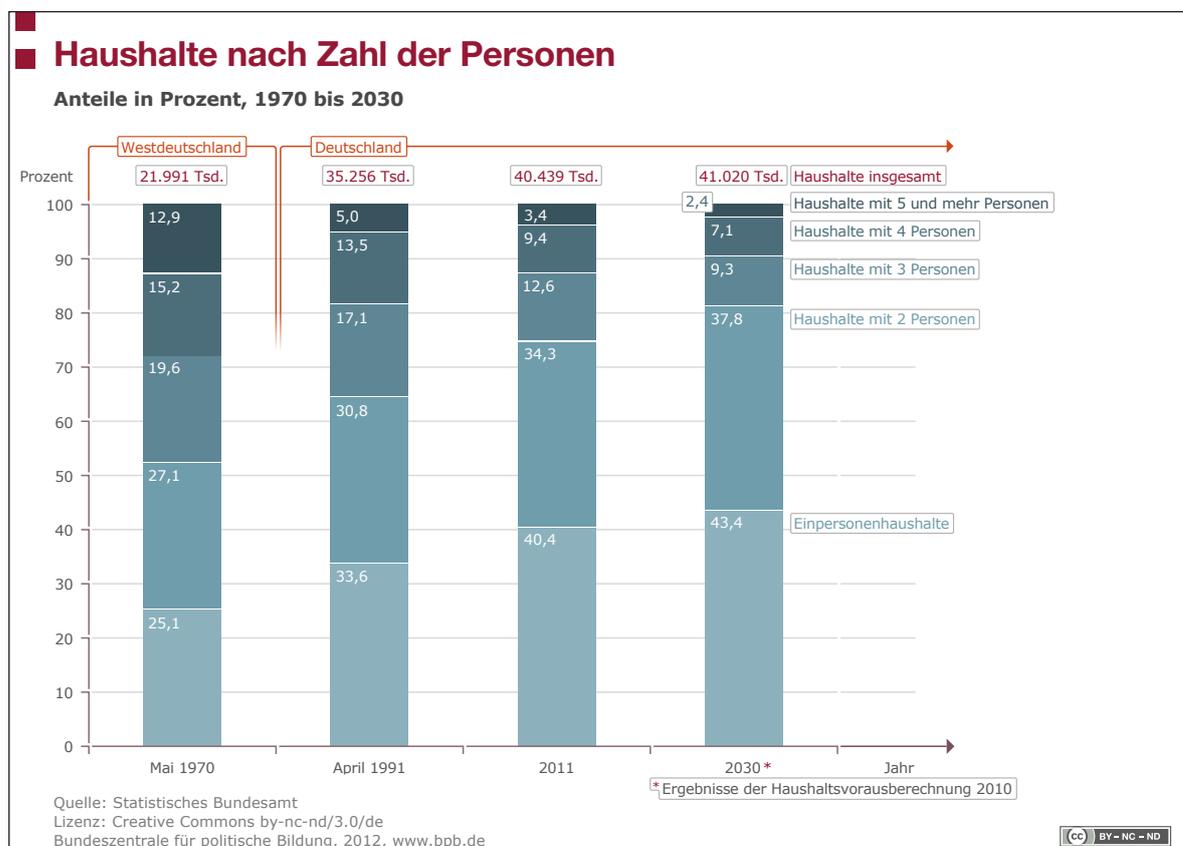
Quelle: BASIS-Institut (2015): Demografische Analyse (unveröffentlicht). Bamberg

2.295 Menschen sind in fünf Jahren zugezogen. Das sind über 25 Prozent der Gesamtbevölkerung Nittenaus. Von einer statischen Gesellschaft mit geringen Wanderungen kann somit nicht mehr gesprochen werden. Es stellt sich die Frage, ob die gesellschaftlichen Strukturen in Ländlichen Räumen einen derart großen Austausch der Bevölkerung umfassend unterstützen. Anders ausgedrückt wirft eine solche Entwicklung die Frage auf, wie ausgeprägt die Willkommenskultur vor Ort ist. Gerade Vereine unterstützen vielfach Integration, stellen meist aber keine niedrighschweligen Anknüpfungspunkte dar. Anders sieht es mit, in immer mehr ländlichen Gemeinden entstehenden, Bürgerhäusern oder Mehrgenerationentreffs (nach dem Modell Mehrgenerationenhäuser) aus. Dort können neu Zugezogene gut erste Kontakte knüpfen.

Kontinuierliche Verschiebung der Altersklassen erwartet

Ein anderer Aspekt der demografischen Entwicklung, der vielfach zu wenig Beachtung findet, ist die Verschiebung der Altersklassen in der lokalen Bevölkerung. An vielen Orten nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen kontinuierlich ab und die Zahl der Seniorinnen und Senioren ständig zu. Ein Indikatorwert für u.a. Bevölkerungsprognosen ist hier das sogenannte Töchterpflegepotential. Beim Töchterpflegepotential wird die Altersgruppe der 45 bis 60-jährigen Frauen den Seniorinnen und Senioren gegenübergestellt. Damit soll beleuchtet werden, wie sich familiäre Unterstützungspotentiale quantitativ entwickeln. Frauen werden deshalb als Gruppe in Bezug gesetzt, weil es vor allem die 45 bis 60-jährigen Frauen sind, die dann, wenn die eigenen Kinder aus dem Haus sind, Betreuungsleistungen für ihre Eltern oder Schwiegereltern leisten. Für die Stadt Forchheim wurde in einer Prognose eine Veränderung von

0,60 auf 0,38 im Zeitraum von 2015 bis 2035 vorhergesagt. Das Töchterpflegepotential wird dort also auf zwei Drittel des heutigen Niveaus sinken. Dieser Rückgang wurde in manchen untersuchten ländlichen Gebieten noch übertroffen. Dort muss nahezu mit einer Halbierung des Töchterpflegepotentials innerhalb von zwanzig Jahren gerechnet werden. Wer also davon ausgeht, dass - wie in der Vergangenheit in ländlichen Räumen - Ältere, die Unterstützung brauchen, auch in Zukunft von der Familie unterstützt und aufgefangen werden, irrt. Es ist auch deshalb nötig, völlig neue Modelle der Unterstützung der älteren Generationen jenseits der Familienunterstützung, aber auch jenseits der Angebote von Sozialstationen und stationären Pflegeeinrichtungen, zu schaffen. Ältere Menschen wünschen sich, wie eine Vielzahl von Befragungen des BASIS-Instituts gezeigt haben, auch bei Hilfsbedürftigkeit im Alter in der gewohnten Umgebung verbleiben zu können. In ländlichen Gebieten wird demgegenüber oft in traditionellen Versorgungsstrukturen gedacht und geplant.



Zusammensetzung der Familien hat sich stark gewandelt

Denkt man über Familie nach, ist der Blick oftmals durch die eigene Biografie geprägt. Viele, die jetzt über 50 sind, sind in großen Familienverbänden aufgewachsen. Gerade in ländlichen Regionen leben in vielen Haushalten drei oder mehr Generationen. Inzwischen ist die Anzahl der Haushalte mit drei oder mehr Generationen in Deutschland auf 0,5 Prozent¹ zurückgegangen. In Ländlichen Räumen wohnen die Enkelinnen und Enkel zwar noch häufiger in der Nähe der Großeltern, aber immer seltener mit diesen in einem Haushalt. Die Anzahl der Einpersonenhaushalte wächst auch in Ländlichen Räumen kontinuierlich. Die veränderten Haushaltszusammensetzungen lassen die familialen Unterstützungspotentiale weiter sinken. Auch diese Veränderung spricht für die Entwicklung von neuen Unterstützungssystemen, wie z.B. Seniorengenossenschaften² und Nachbarschaftshilfen.

Traditionelle Treffpunkte, Siedlungsformen und Infrastrukturangebote müssen überdacht und weiterentwickelt werden

Fragt man in ländlichen Orten danach, wo sich das gesellschaftliche Leben abspielt, werden oft Gemeindezentren der Kirchen oder Vereinsheime angeführt. Zu prüfen ist allerdings, ob dies immer noch die wichtigsten Orte für das Zusammenkommen sind. Die klassische Dorfwirtschaft ist an vielen Orten nicht mehr vorhanden oder einer Speisegaststätte gewichen, in der nicht mehr der Austausch zwischen den Menschen im Vordergrund steht. Daher muss auch in Ländlichen Räumen die Frage aufgeworfen werden, wo sich die Menschen eigentlich treffen, um neue Ideen und Formen gegenseitiger Unterstützung zu entwickeln. Mit dieser Forderung sollen die wichtigen Beiträge die Kirchengemeinden und Vereine für die Entwicklung des „Kitts“ unserer Gesellschaft gar nicht abgewertet werden. Nutzen aber alle Bewohnerinnen und Bewohner diese Orte oder braucht es auch am Land neue Orte der Begegnung?

1 https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/07/PD16_263_122.html

2 Siehe z.B.: www.martin-riedlingen.de (Seniorengenossenschaft Riedlingen)

Die Gemeinde Langenfeld hat eine Antwort auf die Frage gesucht und gefunden. Sie baute eine alte Scheune mit einigen Erweiterungen zum Mehrgenerationentreff nach dem Mehrgenerationenhausmodell aus.



Quelle: Vortrag von Bürgermeister Streng beim Symposium Wohnen des Landkreises Regensburg am 8.6.2016

Ländliche Räume weisen charakteristischerweise eine hohen Quote an Wohneigentum auf. Wohneigentum wurde lange auch als eine zentrale Form der Absicherung für das Alter propagiert. Aber gerade in Ländlichen Räumen, die von Abwanderung geprägt sind, verlieren die Häuser zuweilen drastisch an Wert. Zudem sind vor allem die Häuser in Ländlichen Räumen auf das Aufziehen von Kindern ausgerichtet gewesen und damit oft groß. Gerade im Alter können diese Gebäude dann, wenn eine Hilfsbedürftigkeit auftritt, nicht mehr sinnvoll bewirtschaftet werden. Hier rächt sich der hohe Eigentumsanteil der Ländlichen Räume: Ein Ausweichen auf adäquate Mietwohnungen oder neue gemeinschaftliche Wohnformen ist meist nicht möglich, da diese Wohnformen in Ländlichen Räumen unterrepräsentiert sind.

Was gewährleistet im Alter eine gute Lebensqualität? Es sind drei Säulen auf denen sich eine gute Lebensqualität im Alter entwickeln kann:

Barrierefreies Wohnen

Die Wohnform muss auch eine gute Lebensqualität ermöglichen, selbst wenn Einschränkungen der Mobilität eintreten. Barrierefreiheit im Wohnen ist dann nötig. Die meisten Eigenheime in Ländlichen Räumen sind aber so gebaut, dass sich die Wohnung über mehrere Geschosse erstreckt.



Quelle: Vortrag von Bürgermeister Streng beim Symposium Wohnen des Landkreises Regensburg am 8.6.2016

Versorgung bei Unterstützungsbedarf

Zweitens müssen erschwingliche Unterstützungsangebote tatsächlich verfügbar sein, wenn die familialen Unterstützungen im Alter nicht mehr gegeben sind.

Teilhabe

Zum dritten müssen beim Thema Wohnen die Teilhabemöglichkeiten der älteren Menschen vor Ort mitgedacht werden. Wo gibt es barrierefreie Treffpunkte in der Nahumgebung? Hier sind viele Neubaugebiete in Ländlichen Räumen nicht adäquat konzipiert.

Wie erwähnt, streben die meisten Menschen, auch bei wachsender Hilfsbedürftigkeit, einen Verbleib in der gewohnten Umgebung an. Um diese Möglichkeit tatsächlich realisieren zu können, braucht es auch in Ländlichen Räumen neue Wohnangebote, wie z.B. barrierefreie Mietwohnungen oder gemeinschaftliche Wohnformen, die die drei genannten Säulen guter Lebensqualität im Alter berücksichtigen.

Dass solche Wohnmodelle auch in Ländlichen Räumen realisierbar sind, beweist z.B. die Gemeinde Langenfeld im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim. Dort wurde von der Gemeinde ein Mehrgenerationenwohnhaus mit Tagespflege errichtet, damit ältere Bürgerinnen und Bürger mit Hilfsbedarf den Ort nicht mangels Alternativen in Richtung eines stationären Pflegeangebots an einem anderen Ort verlassen müssen. Viele Modelle des gemeinschaftlichen Wohnens fußen auf den Prinzipien, die im sogenannten

„Bielefelder Modell“⁴³ realisiert wurden. In Bielefeld haben Wohnungsunternehmen und soziale Träger eng bei der Schaffung neuer gemeinschaftlicher Wohnformen zusammengewirkt.

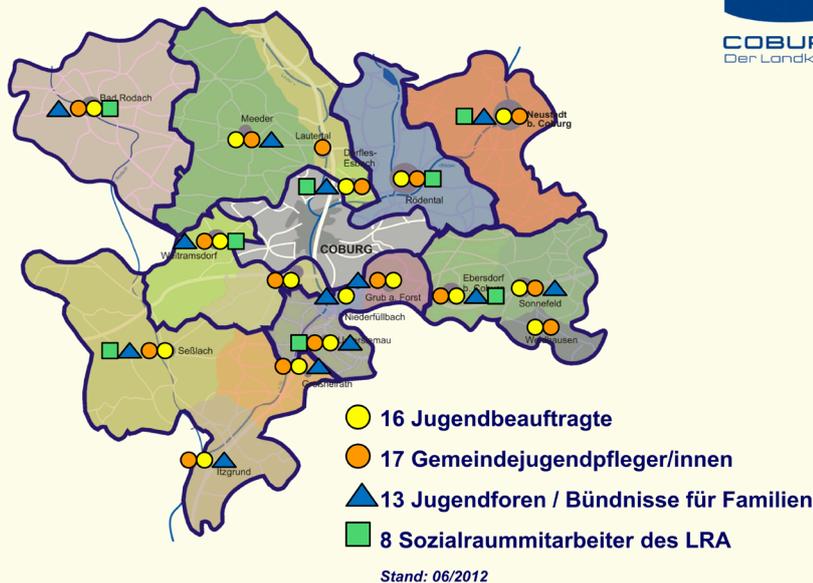
Voraussetzungen für gelingende gesellschaftliche (Weiter-) Entwicklungen in Ländlichen Räumen

Offene Bestandsaufnahme

Soll es gelingen, neue und innovative Konzepte und Angebote im Rahmen der Entwicklung von Orten in Ländlichen Räumen voranzubringen, ist zuallererst eine offene und ehrliche Bestandsaufnahme nötig, die jenseits des Beschwörens der „guten alten Zeit“ beleuchtet, wie sich das Leben vor Ort entwickelt hat. Dann ist es nötig, alle gesellschaftlichen Gruppen im Ort durch gezielte Beteiligungsmethoden in den Entwicklungsprozess einzubinden. In einem Landkreis hat man vor kurzem die Frage aufgeworfen, in wie vielen Orten, in denen gerade städtebauliche Konzepte oder Dorfentwicklungskonzepte entwickelt werden, Menschen mit Einschränkungen einbezogen werden. Die Antwort der zuständigen Mitarbeiterin der Bauabteilung war, dass von den 12 Orten in denen Planungen im Landkreis im Gange sind, an keinem Ort Menschen mit Einschränkungen gezielt in die Planung einbezogen wurden. Generell ist es nötig (und möglich) für verschiedene Gruppen der örtlichen Bevölkerung jeweils passende und manchmal auch eigene Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten.

3 <https://www.bgw-bielefeld.de/bielefelder-modell.html>

SOZIALES, BILDUNG UND KULTUR



zur Landestagung „Kommunale Jugendpolitik“ am 03.07.2012 in Beilngries

Quelle: Vortrag von Martina Berger am 3.7.2012 in Beilngries

Neben einer gezielten und intensiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entwicklungsprozessen gibt es weitere Erfolgsfaktoren für gelingende Planungen:

Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Landkreisverwaltung und Kommune

Für die Betrachtung und Begleitung gesellschaftlicher Entwicklungen fehlen vor allem in kleinen Gemeinden die personellen Ressourcen. Natürlich hat jede Bürgermeisterin/jeder Bürgermeister die Entwicklungen vor Ort im Blick. Fachleute für verschiedene gesellschaftliche Fragen, die bei der Analyse helfen, auf gute Ideen verweisen oder Entwicklungen moderieren können, sitzen aber vielfach in den Ämtern des Landratsamtes. Wie kommt das Know-How dieser beiden Ebenen aber zusammen? Eine überzeugende Lösung für das Zusammenwirken der Landkreisebene und der kommunalen Entwicklung wurde im Landkreis Coburg geschaffen. Dort unterstützen sich

lokale Akteurinnen und Akteure, wie z.B. kommunale Jugendpfleger, die immer mehr zu Ansprechpartner für alle Altersgruppen vor Ort werden, und die Landkreisverwaltung, die Mitarbeiter des Sozialdienstes in den einzelnen Orten angebonden hat. Durch das intensive Zusammenwirken der überörtlichen und der örtlichen Ebene können Entwicklungsprozesse besonders gut begleitet und Innovationen vorangetrieben werden.

Vernetzung der Planerinnen und Planer ist eine unabdingbare Grundlage für ganzheitliche Planung

In Landkreisen müssen die verschiedenen planenden Abteilungen an einem Strang ziehen, um ganzheitliche Lösungen vor Ort zu unterstützen. Dass aber Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung, Altenhilfeplanung, Jugendhilfeplanung, Stadtplanung/Bauamt etc. an einem Strang ziehen, ist in Landkreisen (aber auch in den meisten Städten) noch nicht der Fall.

Multidisziplinäre Teamarbeit zur Entwicklung eines lokalen gesellschaftspolitischen Gesamtkonzepts

Für gelingende Entwicklungsprozesse in ländlich geprägten Orten sind viele Kompetenzen in die Planung einzubeziehen. Neben Stadtplanern/-planerinnen, Architekten/-innen, Wirtschaftsplanern/-planerinnen, Grünflächenplanern/-planerinnen und Energieexperten/-expertinnen sind eben

auch Sozialplaner/-planerinnen in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern einzubinden. Ziel muss es sein, ein lokales gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept zu entwerfen und auf die Gegebenheiten des Ortes abzustimmen, so dass sich innovative Konzepte und Ideen entwickeln können. Dazu muss der Blick geweitet und mit mancher lieb gewonnenen Tradition gebrochen werden.



MICHAEL JOHN

Michael John (Dipl. Sozial-Päd. FH, MA Soziale Arbeit, Sozialraumentwicklung und -organisation) ist Leiter des Fachbereichs Schule, Jugend und Familie bei der Stadt Arnsberg. Vorher war er über 25 Jahre Geschäftsführer des BASIS-Instituts in Bamberg. Er ist außerdem seit 30 Jahren als Lehrbeauftragter in der Ausbildung von Sozialarbeiter/-innen an verschiedenen Hochschulen tätig.

m.john@arnsberg.de
www.arnsberg.de | www.basis-institut.de

Gesellschaftliche Veränderungen und deren Bedeutung für die Dorfgemeinschaft – gemeinsam statt einsam

Die Dörfer und das dörfliche Leben haben sich innerhalb von zwei Generationen stärker verändert als in den Jahrhunderten zuvor, und es stehen noch gewaltige Veränderungen bevor, die heute noch gar nicht vollständig abgeschätzt werden können. Weltweit betrug bzw. beträgt im Durchschnitt das Verhältnis zwischen den auf dem Land und in den Städten bzw. Ballungsgebieten lebenden Menschen, also das Verhältnis von Landbevölkerung zu Stadtbevölkerung im Jahr 1950 noch 70:30, 2005 bereits 50:50 und voraussichtlich im Jahr 2070 bereits 30:70 – das Verhältnis dreht sich also innerhalb eines Jahrhunderts um.

Bei einer Betrachtung des Zusammenlebens in den Dörfern im Laufe der vergangenen 60 Jahre kann festgestellt werden, dass dort, wo noch vor zwei Generationen fast ausschließlich Bauern und einige Handwerker lebten, heute Bürgerinnen und Bürger aus nahezu allen Berufen und Schichten vertreten sind. Wo früher Großfamilien mit Eltern, Kindern und Großeltern unter einem Dach wohnten, haben heute Einfamilien- und Singlehaushalte beträchtlich zugenommen. Wo früher die Einheit des Wohn- und Arbeitsortes in einem Dorf vorherrschte, sind heute Wohnen und Arbeiten längst getrennt. Wo früher die Kinder im Ort oder in den Nachbarorten verheiratet waren, wohnen sie heute häufig weit weg von ihren Eltern. Die Enkelkinder treffen nur noch selten ihre Großeltern. Eine zunehmende Zahl berufstätiger Mütter, die Zunahme von Alleinerziehenden, der immer größer werdende Anteil von Alleinlebenden und vor allem von Seniorinnen und Senioren prägen die Entwicklung unserer (Dorf-)Gesellschaften.

Die Menschen lebten früher meistens in einem gemeinsamen Haushalt eng zusammen, was zu einer erheblichen Einschränkung des Freiheitsgefühls führen konnte und oftmals große Spannungen zwischen den Generationen hervorrief. Die gegenseitige Abhängigkeit war groß, die Menschen stark aufeinander angewiesen. Die damit verbundene soziale Kontrolle war oftmals für viele Menschen nur schwer zu ertragen. Auszuberechnen

aus dieser Gemeinschaft, eine bestehende Ehe scheiden zu lassen, all dies war kaum möglich. Die Gesellschaft hatte fast keinen Platz für geschiedene Frauen. So blieb häufig nichts anderes übrig als sich zu arrangieren. Gemeinsam und einsam kam häufiger vor als heute, war aber nicht unbedingt die Regel. Tatsächlich muss festgestellt werden: „Die guten alten Zeiten“ waren in Wahrheit lange nicht so gut, wie sie heute immer dargestellt werden. Heute sind Haushalt und Wohnung zwischen den Generationen meist getrennt und oftmals nicht mehr im gemeinsamen Gebäude zu finden. Die erwachsenen Kinder sind, bedingt durch die berufliche Differenzierung und die geforderte hohe Mobilität, nicht mehr regelmäßig am Ort ihrer Kindheit oder in der näheren Umgebung, sondern häufig weit von zuhause weg.

Wandel in Ländlichen Räumen

Auch das Zusammenleben im Dorf und damit die Dorfgemeinschaft haben sich radikal verändert. Aus Bauerndörfern mit überwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung und einigen Handwerksbetrieben wurden Dörfer mit wenigen noch übrig gebliebenen Bauernfamilien. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe haben ihre Arbeit eingestellt und die Übriggebliebenen siedeln den landwirtschaftlichen Betrieb immer mehr aus den Dörfern in die Flur aus. Inzwischen wird auch optisch sichtbar, wie die Dörfer ihr Gesicht verändern. Auf den Gehöften verschwinden nach und nach die Stallungen und Scheunen, die seit Jahren bereits leer standen. Sie werden entweder abgerissen oder einer anderen Nutzung zugeführt. Leerstehende Häuser in den Dorfkernen und neue Siedlungen am Dorfrand stellen eine Herausforderung in den Dörfern dar. Die Menschen in den Neubaugebieten haben zu den Bewohnerinnen und Bewohnern im Dorfkern oft kaum noch Beziehung. In den neu errichteten Siedlungen, in die heute meist junge Familien mit Kindern ziehen, leben später überwiegend ältere Menschen.

Und auch die Dorfjugend ist nicht mehr eine weitgehend geschlossene Gemeinschaft wie früher. Ihnen steht heute eine große Vielfalt von Freizeitbeschäftigungen zur Verfügung, die je nach den Interessen des Einzelnen durch die große Mobilität genutzt werden können. Zudem verlassen immer mehr Jugendliche ihr Dorf zum Studium in die Stadt. Sie kehren von dort, mit Ausnahme von gelegentlichen Besuchen, sehr oft nicht mehr in die Heimatdörfer zurück. Die Kirchen, früher Kristallisationspunkte dörflichen Lebens, vor allem am Sonntagvormittag, sind nicht mehr voll. Besonders junge Menschen fehlen hier. Man trifft sich deshalb auch kaum noch beim Gräberbesuch nach dem Gottesdienst oder beim Frühschoppen in der Gastwirtschaft, wie das früher der Fall war. Die nachbarschaftlichen Gespräche beim Kehren der Dorfstraße sind ganz selten geworden. Die Dorfgemeinschaft ist bei weitem nicht mehr so eng miteinander verbunden, wie sie es früher einmal war. Man kennt sich kaum noch, grüßt sich deshalb auch nicht mehr so oft.

Trotz dieser großen Veränderungen ist in Bayern der weltweite Trend zur Verstädterung, der eine Fülle von Problemen im Bereich der Infrastruktur, des Wohnraums, des Umweltschutzes und des Arbeitsmarktes mit sich bringt, noch nicht so weit fortgeschritten. Über 8 Millionen Menschen, mehr als 60 Prozent der Bevölkerung Bayerns, leben noch in ländlichen Regionen. Etwa 80 Prozent der Fläche Bayerns können als ländlich bezeichnet werden. Erfolgsrezept für eine Zukunft der Menschen im Ländlichen ist in erster Linie, dass die Menschen vor Ort bzw. in näherer Umgebung Arbeitsplätze finden – Männer und Frauen gleichermaßen! Hier geht der Freistaat Bayern positiv voran: Im Februar 2017 lag die Arbeitslosenquote in Bayern bei 3,8 Prozent – was zusammen mit Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland ergibt. Eine jüngst erschienene Studie von McKinsey zur Zukunft Bayerns („Bayern2025: Alte Stärke – neuer Mut“) hat bestätigt: In Bayern wird keine Region abgehängt und die ländlichen Räume haben einen hohen Entwicklungsstandard erreicht. Dieselbe Studie kommt aber auch zu dem Schluss, dass sich Bayern auf den positiven Wachstumsausichten nicht ausruhen darf.

Heimat verbindet

Besonders an Bayern ist die starke Betonung des Heimatbegriffs: Das 21. Jahrhundert macht es im Zeitalter der Globalisierung sehr wichtig, dass die Menschen eine Verwurzelung an ihren Wohn- und Lebensorten vorfinden. Heimat ist einerseits für die Menschen wichtig, die immer wieder ihre Wurzeln herausziehen müssen, um sie in einem fremden Boden einzupflanzen – um trotz Ortswechsel am neuen Wohnort verankert zu sein. Die ist aber auch für die Menschen wichtig – und das sind trotz Globalisierung immer noch die meisten Menschen in Bayern, auch auf dem Land – die ihre Heimat niemals oder nur kurz verlassen und verlassen haben. Auch sie machen die Erfahrung, dass ihre eigene Welt zunehmend weit wird, während sie natürlich genau genommen durch die modernen Kommunikationsmittel immer näher zusammenrücken.

Die persönliche Begegnung, das direkte Gespräch von Mensch zu Mensch ist durch nichts zu ersetzen, auch nicht durch noch so viele Facebook-Freunde. Es ist inzwischen festzustellen, dass seit einiger Zeit der Bezug zur Heimat wieder stärker wird. Denn „Heimat“ hat nach wie vor eine große emotionale Anziehungskraft. Der Mensch ist nicht nur rational gesteuert. Er hat auch Empfindungen und Gefühle. Heimat ist dort, wo man sich kennt und bei Namen nennt. Es sind die Menschen und die gemeinsame Sprache, die Dialekte, die Gebäude, die Landschaft, die Kulturen, das Brauchtum im weitesten Sinne und vieles mehr. Heimat ist dort, wo man verstanden wird und selbst versteht. Durch dieses Verstehen und Verstanden werden entsteht Verständnis. Aus dem Verständnis entwickelt sich Vertrautheit, und Vertrautheit führt zu Geborgenheit. Der Mensch braucht Gemeinsamkeit und Gemeinschaft. Alleingelassen ohne An- und Aussprache, ohne Aufgabe und damit nicht mehr gebraucht zu werden, nagt am Selbstwertgefühl vieler älter gewordenen Menschen. Oftmals ist gerade bei ihnen die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter eines Sozialdienstes die einzige Kontaktperson während des ganzen Tages oder gar der ganzen Woche. Es gilt die guten Seiten der guten alten Zeit in die Herausforderungen der heutigen Zeit einzubauen und die weniger guten Seiten der heutigen Zeit mit modernen Methoden zu verbessern.

Veränderungen im Zusammenleben mit älteren Menschen

Heute müssen die Kommunen, die freien Träger, die Kirchen und Vereine immer mehr die Aufgaben der früheren Großfamilien übernehmen, um den Zusammenhalt und den Gemeinsinn im Dorf zu stärken und um die Menschen vor Vereinsamung zu bewahren. Es gibt viele Organisationen, Vereine und Verbände, die sich heute immer mehr um ältere und einsame Menschen kümmern und ihnen Gemeinsamkeit anstelle von Einsamkeit bieten. Das ist besonders wichtig, denn ein positiver Aspekt des demografischen Wandels ist, dass wir uns alle auf ein längeres Leben freuen dürfen. Das gilt ganz besonders für diejenigen, die jetzt das Licht der Welt erblicken. Denn nach den neuesten Zahlen des Bayerischen Landesamts für Statistik vom Oktober 2016 kann ein neugeborener Junge in Bayern auf eine durchschnittliche Lebenserwartung von 78,9 Jahren hoffen, ein neugeborenes Mädchen sogar auf 83,5 Jahre. Vor 30 Jahren lag die Lebenserwartung für einen neugeborenen Jungen noch bei 72 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen bei knapp 79 Jahren.

So erfreulich das ist, es bedeutet natürlich auch, dass die Zahl der hochaltrigen Menschen und damit die der Pflegebedürftigen weiter stark steigen wird. Waren im Jahr 2000 noch 2,9 Millionen Menschen in Deutschland über 80 Jahre, so wird diese Zahl bis 2050 auf 8 Millionen ansteigen. Deshalb ist die Frage, wie diese Pflege für jede pflegebedürftige Person aussehen soll und – auch das ist natürlich angesichts der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen von enormer Bedeutung – wie diese Pflege finanziert werden kann, von enormer gesellschaftlicher Bedeutung. Die häufigste Form des Älterwerdens erfolgt heute zu 70 Prozent zwar immer noch in der häuslichen Wohnung, was dem großen Wunsch der älteren Menschen entspricht. Unterstützung erfolgt durch die Sozialdienste. Später kommt es zum Teil zur stationären Pflege im Pflegeheim. Das ist bisher die klassische Form.

Handlungsbedarf im Zusammenleben mit älteren Menschen

Zwei Dinge erschweren das Älterwerden in der häuslichen Umgebung: Durch die stärkere berufliche Differenzierung und hohe Mobilität wohnen die Kinder nicht mehr am Ort oder in der weiteren

Umgebung, sondern häufig weit weg. Die Frauen, die in der Vergangenheit häufig die häusliche Pflege der Eltern oder Schwiegereltern übernommen haben, sind heute sehr oft berufstätig und werden es in der Zukunft noch stärker sein. Insgesamt sind in Bayern aktuell über 70 Prozent der Frauen erwerbstätig – mehr als im Bundesdurchschnitt. Dabei hat auch die Berufstätigkeit von Frauen in ländlichen Räumen stark zugenommen. Das bedeutet: Es wird in Zukunft für ältere Menschen noch viel mehr bedarfsgerechte Versorgungsangebote geben müssen! Wenn dies nicht mehr in der Familie bzw. häuslichen Gemeinschaft möglich ist, muss dies in der nächst größeren Einheit im Dorf oder in Wohnquartieren einer Stadt ermöglicht werden. Dadurch ist die räumliche Nähe zu den Kindern, Enkeln und weiteren Angehörigen, zu den Nachbarn, Schulfreunden und Freunden viel enger als bei weit entfernten Pflegeheimen. Dies bedeutet intensivere Kontakte gemäß dem Motto „Wärme durch Nähe“ und „Gemeinsam statt Einsam“. Verbunden ist damit auf alle Fälle eine wesentlich höhere Lebensqualität für die betroffenen Menschen und für das familiäre Umfeld sowie den Freundeskreis.

Auch unsere Dörfer werden durch einen größeren Zusammenhalt der Generationen profitieren und so ein „Mehr an Lebensqualität“ erhalten – verbunden mit einem Imagegewinn, welche sie wieder attraktiv machen! Der Lehrstuhl Kulturgeographie der Universität Bamberg hat dazu eine Studie zum Thema „Rückkehrer in den ländlichen Raum. Das Beispiel Rhön-Grabfeld“ verfasst. Dieser Aspekt ist hochinteressant, denn wir müssen es schaffen, gerade strukturell benachteiligte Räume für Rückkehrer attraktiver zu machen. Das sind große Aufgaben und große Chancen. Voraussetzung für eine Realisierung ist die Wirtschaftlichkeit dieser „kleinen Einrichtungen“, die durch die Solidarität und gesellschaftlichen Mitverantwortung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger erreicht werden kann. Dabei müssen auch die immer zahlreicheren rüstigen Rentner viel mehr einbezogen werden. Denn viele von ihnen wollen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung aufnehmen. Das Erfolgsrezept, das dahintersteht, ist ein Hilfemix von Haupt- und Ehrenamtlichen, getragen von einem breiten Netzwerk aus professionellen Dienstleistern, aktiven Bürgern, Kirchengemeinden und Vereinen.

Wichtige Rolle der Kirchen

Dabei spielen auch die Kirchen eine wichtige Rolle. Sie engagieren sich seit langem durch ihre Kinderkrippen und Kindergärten, ihre Schulen, ihre Krankenhäuser, Sozialträger, Alten- und Pflegeheime und vieles mehr. Auch in diesen Bereichen können die Kirchenmitglieder einen großen Beitrag leisten – ohne die Pfarrer, deren Zahl weiter schrumpfen wird, zusätzlich zu belasten. Auch damit hat sich der Lehrstuhl Kulturgeographie der Universität Bamberg beschäftigt und die Frage gestellt, ob der Kirche im Kontext der grundsätzlichen Schrumpfung und Konzentration von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge nicht auch sukzessive neue Rollen zuwachsen, die weit über ihre engere Rolle als Seelsorgerin und Anbieterin fürsorglicher Leistungen hinausgehen. Die Beantwortung dieser Frage ist meines Erachtens nach für die Zukunft unserer Dörfer ganz entscheidend, denn wir wollen den Erhalt und die Weiterentwicklung von sozialen Gemeinden und lebendigen Dörfern. Deshalb sollten sich auch die Kirchen mit dieser neuen Entwicklung intensiv beschäftigen und sich damit noch stärker auseinandersetzen. In den 2000 Jahren des Bestehens der christlichen Kirchen spielten die Caritas und die Diakonie immer eine wichtige Rolle. Die Kirche hat dadurch große Anerkennung gefunden. Papst Franziskus wird daher nicht müde und ruft die Kirchenmitglieder ständig auf, sich für die Armen, Alten, Kranken und Schwachen einzusetzen. Heinrich Böll hat einmal gesagt: „Ich würde die schlechteste der christlichen Religionen allen anderen Religionen vorziehen, denn nur in ihr ist ein Platz für Arme, Kranke und Schwache!“

Pflegemix in lokalen Verantwortungsgemeinschaften

Dass entsprechende Anpassungen erfolgreich verlaufen, beweisen einige Projekte, auf die kurz eingegangen werden soll. Diese Projekte zeigen, dass es durchaus Antworten gibt auf die neuen Herausforderungen.

Ein Projekt steht für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt. Die Leistungen umfassen: Einkaufen, Begleitdienste, Gesellschaft leisten, vorlesen, Mitfahrgelegenheit und Kinderbetreuung. Hier stehen Menschen für Menschen ein, sie werden Helfer und können Hil-

fe in Anspruch nehmen. Bei Projekten des Caritasverbandes Neuburg-Schrobenhausen erfolgt das Management durch die Projektmanagerin, die von der Caritas bezahlt wird. Beim Bürgerservices Egautal der VG Wittislingen wird eine Fachkraft in Teilzeit von der Gemeinde bezahlt. Sie baut den Bürgerservice mit Ehrenamtlichen auf und übernimmt die Koordination.

In einem anderen Projekt kaufen die Gemeinden Kleinbusse, mit denen im Ehrenamt ältere, gehbehinderte bzw. gehschwache Mitbürgerinnen und Mitbürger zu den Ärzten gefahren werden. Ältere Menschen tun sich oft schwer zu den Bushaltestellen zu laufen – wenn überhaupt noch ein Bus fährt. Die Busfahrten werden von Rentnerinnen und Rentnern ehrenamtlich übernommen. Beispiele finden sich in den Gemeinden Todtenweis und Mering.

Es gibt Einrichtungen, die häufig von privater Hand errichtet werden, wobei die Pflege von den Pflegediensten übernommen und von den Pflegeversicherungen weitgehend bezahlt wird. Familienangehörige werden ganz wesentlich entlastet, können aber in ihrer Freizeit mithelfen. Oder die Pflegebedürftigen werden am Morgen zur Sozialstation gebracht und am Abend erfolgt die Rückkehr in die häusliche Familie. Ihnen werden Heimeinlieferungen erspart und der menschliche Kontakt zwischen den Dorfbewohnerinnen und -bewohner und ihren Kranken und Pflegebedürftigen erheblich gesteigert. Die Pflegebedürftigen können am Abend und in der Nacht sowie an den Wochenenden zu Hause bleiben. Damit werden erhebliche Kosten gespart (Sozialstation Günztal in Westerheim). Dies wird nun nach dem neuen Pflegestärkungsgesetz des Freistaats Bayern, das am ersten Januar 2017 in Kraft getreten ist, sehr stark anerkannt und gefördert. In diesen Fällen bekommen die Angehörigen ab nächstem Jahr den doppelten Pflegesatz. Für den Bau solcher Einrichtungen werden bei demenzgerechter Bauweise 75.000 Euro, bei einer behindertengerechten Bauweise 30.000 Euro vom Freistaat Bayern zur Verfügung gestellt. Das Förderprogramm ist auf vier Jahre beschränkt. Die Kassen sind derzeit voll. Betreiber sind Gemeinden, freie Träger, Wohnungsbaugenossenschaften und Kirchen, wobei auch die Errichtung der Gebäude und der Betrieb in Kombination von zwei verschiedenen Institutionen übernommen werden können.

Bei der Bewahrung Ländlicher Räume als Lebensmittelpunkt vieler Menschen in Bayern müssen wir deshalb auf das Motto „Gemeinsam statt Einsam“ setzen: Mit der Familie als „Keimzelle“, die so gut und so individuell wie möglich unterstützt werden muss, mit einer Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure vor Ort, mit der Einbindung der Kirchen, Vereine sowie Bürgerinnen und Bürger, mit der nachhaltigen Unterstützung des Ehrenamts, mit einer guten Verbindung von Hauptamt mit Ehrenamt inklusive Schulungen für Ehrenamtliche bis hin zum Aufbau einer Ehrenamtskultur und vielem mehr.

Ländliche Räume ohne Perspektive führen dazu, dass die Megastädte im wahrsten Sinne des Wortes „ersticken“, die chinesische Hauptstadt Peking ist mit ihrem Dauersmog dafür das beste und zugleich traurigste Beispiel. Übergeordnetes Ziel muss sein, dass die Menschen sich gegenseitig helfen – im Sinne der christlichen Nächstenliebe: Dies führt nicht nur zu einer Kostentlastung, sondern auch zur Steigerung der menschlichen Qualität. Wenn wir unsere hohen Standards halten bzw. noch verbessern wollen und das bezahlbar bleiben soll, brauchen wir den Generationen-

vertrag, an dem alle mitwirken müssen – auch die Flüchtlinge, die zu uns gekommen sind! Ganz entscheidend dabei ist, dass wir die Bindungskräfte unserer Gesellschaft wie Toleranz, Respekt, Vertrauen, Wertschätzung und Dankbarkeit stärken müssen.

Warum „Gemeinsam statt Einsam“? Weil der Wert des Lebens von der Fülle der menschlichen Begegnungen abhängt. Oder, wie es schon Goethe im „Faust“ beschrieben hat: „Ich höre schon des Dorfs Getümmel; Hier ist des Volkes wahrer Himmel, zufrieden jauchzet groß und klein; Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.“

JOSEF MILLER

Josef Miller ist Staatsminister a.D. sowie Leiter des Sachausschusses ‚Land‘ des Diözesanrates Bistum Augsburg
info@josef-miller.de
www.josef-miller.de



Das Mehrgenerationenhaus Dorflinde Langenfeld

Eine bürgerschaftliche Entwicklungsphilosophie für die gesamte Gemeinde

Ausgangssituation

Die Gemeinde Langenfeld (ca. 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) befindet sich im schwach strukturierten Ländlichen Raum Westmittelfrankens, der von den Auswirkungen des demographischen Wandels bereits betroffen ist und Gefahr läuft, Entleerungsraum zu werden.

Deshalb hat die Gemeinde Langenfeld mit ihrem MehrGenerationenHaus (MGH) Dorflinde Langenfeld 2007 eine, am Gemeinwesen orientierte, Dienstleistungsplattform für bürgerschaftliches Engagement geschaffen, die bundesweit Anerkennung gefunden hat. So hatten wir Besuch von Bundesministerinnen und Bundesministern sowie der Bundeskanzlerin Angela Merkel, weil diese Dienstleistungsplattform beispielhaft ist für die Bemühungen kleiner Gemeinden, sich den Auswirkungen des demographischen Wandels aktiv mit Kreativität und Bürgerengagement zu stellen.

Die Dorflinde bietet neben täglich frisch gekochtem Mittagessen auch viele soziale Dienste und kulturelle Veranstaltungen an. Essen wird auch an nicht mobile Bürgerinnen und Bürger ausgefahren, beziehungsweise werden auf Wunsch ältere oder behinderte Menschen auch per Fahrdienst in die Dorflinde geholt, um hier den sozialen Kontakt mit anderen Menschen zu haben.

All diese angebotenen Dienste werden hauptsächlich von einem ehrenamtlichen Team erbracht.

Weiterentwicklung seit 2008

Barrierefreies Wohnen und Tagespflege

Im Ortskern wurden eine leer stehende Althofstelle und einige Scheunen durch ein neues Wohngebäude mit barrierefreien kleineren Wohneinheiten für ältere Menschen und junge Singles,

beziehungsweise junge Familien ersetzt. Im Erdgeschoss betreibt seit 2014 ein professionelles Pflegeunternehmen eine vollwertige Tagespflege in den Räumen der Gemeinde. Wohnungsnutzerinnen und -nutzer sowie die Tagespflege finden durch die Anbindung an die benachbarte Dorflinde Unterstützung.

Ambulant betreute Wohngemeinschaft

Nach dem gemeindlichen Erwerb einer leerstehenden Bäckerei wurde diese an einen Bauträger mit dem Auftrag weiterveräußert, hier eine ambulant betreute Wohngemeinschaft mit zwölf Wohneinheiten und gemeinsam genutzten Aufenthalts- und Pflegeräumen zu bauen. Diese wird ebenfalls von einem ambulanten Dienst betreut und zum 01. Juli 2017 in Betrieb gehen. Alle Wohneinheiten sind verkauft und direkt mit Beginn durch pflegebedürftige Personen bewohnt. Hier besteht bereits jetzt große Nachfrage nach weiteren Wohneinheiten.

Auszeichnung als demenzfreundliche Kommune Mittelfranken

Aktuell wurde die Gemeinde Langenfeld auf Grund des hohen Engagements in Bezug auf „Demenz“ (Pflege, Schulungen usw.) von der „Initiative Demenzfreundliche Kommune Mittelfranken“ mit entsprechenden Urkunden ausgezeichnet.

Kommunales Dienstleistungszentrum

Zentral im Ort und im Anschluss an den gemeindlichen Wertstoffhof entstand an einer Staatsstraße das umfangreiche dörfliche Dienstleistungszentrum. Hier sind eine Arztpraxis sowie eine Physiotherapiepraxis integriert. Dies dient vorrangig der Sicherung des Arztsitzes der bestehenden Allgemeinanzpraxis. Ebenfalls soll der Grundstein für ein langfristiges ärztliches Versorgungskonzept für unsere Region gelegt werden, in der diese Praxisräume eine zentrale Rolle einnehmen.

Dorfladen Langenfeld

Ebenfalls im kommunalen Dienstleistungszentrum ist der Dorfladen Langenfeld integriert. Er ist in Form einer stillen Gesellschaft (UG) organisiert, mit rund 290 stillen Gesellschaftern aus den Gemeinden Langenfeld und der Nachbargemeinde Ullstadt. Zwei ehrenamtliche Geschäftsführer sowie weitere zahlreiche Ehrenamtliche in diversen Beiräten haben die Entwicklung und Organisation des Dorfladens Langenfeld vorangetrieben.

Der Dorfladen Langenfeld ist ein Vollsortiment-Lebensmittelmarkt, in dem zusätzlich eine Bäckerei enthalten ist. Bankautomaten und Kontoauszugsdrucker zweier regionaler Banken sind ebenso vorhanden, wie auch Postdienstleister, Lotto und eine Wäscherei-Annahme. Ein Sortiment regionaler Produkte, die in dieser Zusammenstellung nur im Dorfladen Langenfeld angeboten werden, rundet das vielseitige Portfolio ab.

Starke regionale Partner unterstützen den Dorfladen Langenfeld mit ihren Produkten und mit der Firma tegut, mit Sitz in Fulda, konnte ein Lieferant gewonnen werden, der im Rahmen seiner Corporate Social Responsibility jährliche zwei „Lädchen“ eröffnet, die sich wirtschaftlich selber tragen müssen, ohne jedoch einen Anspruch auf Gewinnmaximierung zu haben. Auf diese Art soll die Nahversorgung im überwiegend Ländlichen Raum unterstützt werden.

Somit sind die Projekte von der Dorflinde bis hin zum kommunalen Dienstleistungszentrum mit dem Dorfladen eine gelungene Antwort auf die drohenden Auswirkungen des demografischen Wandels in Ländlichen Räumen. Denn die demo-

graphische Entwicklung in den Ländlichen Räumen besagt kurz und knapp: „Wir werden weniger und älter!“. Genau dieser Umstand erfordert aber nicht nur den Erhalt, sondern auch den Ausbau der Nahversorgung. Denn mit zunehmendem Alter reduziert sich auch die eigene Mobilität, da auch die familiären Unterstützungsfunktionen nur noch in reduzierten Formen vorhanden sind. Gleichzeitig belegen Studien, dass kaum jemand seinen Lebensabend in einem Altenheim, noch dazu in einem Doppelzimmer mit einer/einem unbekanntem Zimmernachbarin/-nachbar verbringen möchte. Dennoch sind die Alten- und Pflegeheime überbelegt, die Bettenkapazitäten reichen nicht aus. Der Bedarf steigt mit der steigenden Zahl an älteren Menschen.

Das Vorhandensein des Dorfladens stellt in Verbindung mit den geplanten Einkaufshelfern, sowie dem angedachten Bestell- und Lieferservice die Grunddaseinsfunktion des „sich Versorgen“ sicher. Das soziale Projekt am Dorfladen möchte bewusst dazu beitragen, dass ältere, behinderte und/oder gebrechliche Bürgerinnen und Bürger möglichst lange zu Hause leben können.

Daheim statt im Heim!

Das Mehrgenerationenhaus Dorflinde, das Mehrgenerationen-Wohnen, die Tagespflege, die Ambulant betreute Wohngemeinschaft und der Dorfladen Langenfeld sind ein Aushängeschild bürgerschaftlichen Engagements, ein sichtbares Zeichen gelebten Gemeinsinns.

WOLFGANG RÜCKERT

Wolfgang Rückert ist Dritter Bürgermeister der Gemeinde Langenfeld und zentraler Koordinator des Mehrgenerationenhauses Dorflinde Langenfeld.

Wolfgang_Rueckert@t-online.de
www.dorflinde-langenfeld.de



Die Rückkehr des Lebens in die Nachbarschaft

Zur Bedeutung von Mehrgenerationenhäusern am Beispiel des SOS-Mütterzentrum Salzgitter-Mehrgenerationenhauses

Gesellschaftlicher Hintergrund

Durch den gesellschaftlichen und demografischen Wandel ist es für Kinder ebenso wie für alte Menschen ein seltenes Ereignis geworden, sich zu begegnen. Gelegenheiten für spontane Zusammenreffen zwischen den Generationen gibt es kaum noch. Junge wie alte Menschen gehen ihrer Wege, jeder für sich, oder sie nutzen Kontakte in ihrer jeweiligen Altersgruppe. Alte Menschen sind dabei eingeschränkter als junge Leute. Aus der Kontaktarmut entwickelt sich schnell Einsamkeit mit ihren gefürchteten Folgen. Auch die Familienstrukturen sind grundlegend verändert. Die Generationen leben nicht mehr zusammen aufgrund von begrenzter Freizeit oder der räumlichen Entfernung. Dafür verantwortlich ist die geforderte berufliche Mobilität. Das hat starke Auswirkungen auf das Leben in Nachbarschaften; wer den Nachbarn nur vom Sehen kennt, fühlt sich nicht mitverantwortlich für ihn und auch nicht für das Umfeld.

Öffentliche Einrichtungen für Kinder wie für alte Menschen haben eine altersspezifische Struktur: Kinder werden schon früh nach Altersgruppen getrennt (Krippe, Kindergarten, Hort), alte Menschen leben allein oder in Heimen, wo sie die Jüngeren nur noch bei seltenen Veranstaltungen erleben. Für ein Kennenlernen der jeweils anderen Bedürfnisse und Lebenskultur ist das allerdings nicht ausreichend. Demzufolge können die Generationen auch nicht voneinander profitieren. Das Lernen durch Vorbilder im Alltag passiert nur selten und wird so zum Sonderereignis mit Projektstatus. Dabei kann die Arbeit in sozialen Einrichtungen als Chance gesehen werden, die Generationen wieder in Beziehung zueinander zu bringen.

„Dialog ist nicht genug, Begegnungen entscheiden“

Anna Lindh, schwedische Außenministerin

OHJA – Offenes Haus für Jung und Alt: Die Ausgangslage



Was wir jetzt brauchen, sind praktische Lernfelder, die den sozialen Bedürfnissen der heutigen Zeit entsprechen. Dazu müssen neue Orte geschaffen werden mit Gelegenheiten für verlässliche soziale Kontakte, Empathie und Beteiligung für und mit Jung & Alt.

Damit befasst sich das SOS-Mütterzentrum Salzgitter – Mehrgenerationenhaus seit fast 40 Jahren und bietet mitten aus der Zivilgesellschaft heraus Lösungen an. Hier ist das Konzept für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser der Bundesregierung entwickelt worden. Inzwischen bestehen bundesweit rund 550 Mehrgenerationenhäuser, die nach diesem Prinzip arbeiten. In Salzgitter wurde das Konzept stetig weiterentwickelt, zuletzt mit dem Modell Offenes Haus für Jung und Alt (OHJA) - einem Konzept, das nicht nur von Anderen übernommen wurde, sondern in Stadt und Land wirkt.

Das OHJA ist ein Mittelpunkt im Stadtteil – wie ein Marktplatz – der Begegnungen für alle Menschen am Ort ermöglicht. Es ist innovativ und bietet eine clevere sowie zukunftsweisende Lösung für eine lebendige Nachbarschaft mit Netzwerken zwischen den Jungen und den Alten. In dem unterstützenden Geflecht des SOS-Mütterzentrum Salzgitter – Mehrgenerationenhauses nimmt jedes Mitglied eine selbstbestimmte Rolle ein, wodurch das System „Nachbarschaft mit Wahlfamilie“ getragen wird. Mit der Vielfältigkeit seiner Besuche-



rinnen und Besucher sowie der Inklusion aller Menschen antwortet das SOS-Mütterzentrum Salzgitter – Mehrgenerationenhaus auf die fortschreitende Entfremdung und Entsolidarisierung innerhalb unserer Gesellschaft.

Das Konzept für das OHJA wurde von den Aktiven im Stadtteil nach den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer entwickelt und basiert auf Selbsthilfe und Partizipation mit bürgerschaftlichem Engagement. Jung und Alt gestalten hier gemeinsam ihren Alltag, sie nutzen alltäglich die vielfältigen Angebote, knüpfen Kontakte und pflegen den Dialog miteinander.

OHJA – Wahlfamilie und Gastgeberinnen

Das Prinzip Familie mit seinen vielfältigen Prägungen ist nach wie vor das einzig wirklich erfolgreiche Modell in der Gesellschaft, wo verlässlich Verantwortung für sich und andere übernommen wird. Infolge der Mobilität der jüngeren Generationen ist das aber in naher Zukunft nicht mehr gesichert. Darauf reagierte das SOS-Mütterzentrum

Salzgitter – Mehrgenerationenhaus und entwickelte neue Formen von familiärer Verantwortung.

Im OHJA haben Jung und Alt einen Ort, wo sie sich engagieren, ihre Potenziale einbringen und damit das alltägliche Leben mitgestalten. Gleichzeitig erfüllt sich für viele der Wunsch, gebraucht zu werden und einen neuen Lebenssinn zu finden. Beteiligung ist hier selbstverständlich, niemand wird ausgegrenzt. Es herrscht eine außergewöhnliche Kultur des Willkommenseins und der Warmherzigkeit.

Gastgeberinnen

Hier agieren die Mitarbeiterinnen als Gastgeberinnen. Sie übernehmen die Rolle der Familienmutter oder Großmutter. Meist sind es Frauen aus der Nachbarschaft, deren Qualifikation ihr Erfahrungswissen ist, das sie im alltäglichen Leben erworben haben. Sie haben oft selbst Kinder großgezogen und/oder alte Menschen gepflegt und sich darüber hinaus stetig weitergebildet. Immer ist eine, oft auch zwei Gastgeberinnen anwesend. Es ist ihr Auftrag, ihr Geschick zu nutzen, um für eine gute Atmosphäre im Haus zu sorgen.

Bürgerschaftliches Engagement

Im OHJA entsteht ein vielfältiges und buntes Spektrum an Angeboten, das seine Wirkung im Stadtteil und weit darüber hinaus ausstrahlt, wie ein Leuchtturm oder eine Arche Noah der sozialen Fähigkeiten.

Für viele Menschen, junge wie ältere, bietet das OHJA unendlich viele Möglichkeiten, das Leben im Stadtteil mitzugestalten, ihre Potenziale zu entdecken und auszubauen. Für die einen geht es darum, eine sinngebende Aufgabe zu finden oder Neues zu lernen, indem sie sich an verschiedenen Aktivitäten beteiligen oder selbst welche anbieten. So mancher hat dabei sogar neue berufliche Aufgaben für sich entdeckt. Andere wollen berufliche Kompetenzen einbringen. Zum Beispiel organisiert der ehemalige Geschäftsmann technische Arbeiten im Haus und motiviert dabei junge Leute, Interesse an handwerklicher Arbeit zu entwickeln. Die Frau im Vorruhestand, die früher einen Männerberuf hatte, chauffiert jetzt alte Menschen. Sie bringt ihnen das Essen nach Hause, ist zur Stelle, wann immer eine Fahrerin gebraucht wird. Beide Beispiele zeigen, wie unterschiedliche Menschen sich mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten sich engagieren können und dadurch einen neuen Sinn für ihr Leben gewinnen.

Die Methode: Wie gelingt es, Jung und Alt zusammen zu bringen?

„Nicht nur Schnupfen ist ansteckend, sondern auch das Wohlbefinden. Soziale Netzwerke helfen, gesund zu bleiben – und glücklich.“

Harro Albrecht, Wissenschaftsautor

Nach dem Motto „Nicht jede/r kann alles, aber gemeinsam können wir das, was wir brauchen“ gibt jeder Mensch, was er kann und nimmt, was er braucht. Das Geben und Nehmen muss immer im Gleichgewicht sein, wenn dieses System funktionieren soll. Es hat sich erwiesen, dass gerade das Zusammenkommen aller Generationen eine besonders stärkende Wirkung zeigt und damit die Beteiligten Vertrauen zueinander aufbauen können und sich sogar Beziehungen zueinander entwickeln. Anerkennung und Wertschätzung für

jede Beteiligung und Leistung gehören zur Kultur des Umgangs miteinander.

Im OHJA sind die Angebote auf die Bedürfnisse ausgerichtet und werden daher immer wieder angepasst. Es gibt viele Möglichkeiten, dabei zu sein und zu bleiben. Jeder Mensch kann kommen, wann immer er will und tun, was ihn gerade interessiert: Er kann bei einem der vielen Angebote mitmachen oder selber etwas anbieten, er kann zuschauen, was andere tun, er kann Gespräche führen oder zuhören und das Miteinander genießen. Hier wird bewusst nicht von Kursen gesprochen, sondern von Angeboten, um zu zeigen, dass es immer eine Gelegenheit gibt, Menschen jeden Alters zu begegnen und etwas zu geben oder mitzumachen. In der familiären Atmosphäre entstehen Kontakte unkompliziert, wie zufällig. Die Möglichkeit, sich etwas voneinander abzugucken, ohne Voranmeldung und ohne engen Zeit- oder Lehrplan, ist für viele Menschen ein ideales Lernfeld zur Verbesserung der eigenen Situation. Der respektvolle Umgang miteinander hilft, Probleme zu vermeiden oder sie nicht zu einer unüberwindlichen Hürde werden zu lassen. Wenn dann Hilfebedürftigkeit eintritt, sind die Helfenden und die Möglichkeiten für Unterstützung bereits vertraut. Das bedeutet Sicherheit für die nächsten Schritte in eine neue Lebensphase.

Von großer Bedeutung für das Gelingen dieser Methode ist die hierarchiearme Kultur. Man begegnet sich auf Augenhöhe. Alle Teams sind offen für jeden, der mitmachen, mitplanen, mitentscheiden möchte. Grundlage dafür ist nicht ein Mandat oder eine spezielle Ausbildung, sondern die eigenen Fähigkeiten, Interessen und Bedürfnisse.

Grundgedanken

Die Offenheit im Haus wird von vier Grundgedanken bestimmt, sie führen zu offenen Herzen und offenen Türen und ermöglichen, im Fluss des Lebens zu sein:

- Täglich geöffnet mit bedarfsgerechten Angeboten
- Kultur des Willkommens für alle Menschen
- Flache Hierarchien: auf Augenhöhe stehen
- Wertschätzung: Gleichwertigkeit für alle Leistungen



Die Geschichte

Das Konzept des SOS Mütterzentrum Salzgitter – Mehrgenerationenhauses ist Anfang der 1980er Jahre auf der Basis von bürgerschaftlichem Engagement von Müttern formuliert und entwickelt worden, 1990 wurde es mit dem generationsübergreifenden Ansatz erweitert, der auf Selbsthilfe und Partizipation mit bürgerschaftlichem Engagement basiert. Die Einteilung in Zielgruppen wird vermieden, Jung und Alt gestalten gemeinsam ihren Alltag, sie knüpfen Kontakte und pflegen den Dialog miteinander. Menschen spenden ihre Zeit, sie bringen ihre Begeisterung ein und bereichern das Leben mit ihren Potenzialen.

Das SOS-Mütterzentrum Salzgitter – Mehrgenerationenhaus ist alltäglich von früh bis spät geöffnet und steht jedem, der dabei sein möchte, zur Verfügung. Alle Menschen sind hier beteiligt, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildung, Kultur und sozialem Stand. Die gemeinsamen Mahlzeiten wie Frühstück, Mittagessen und Nachmittagskaffee sind gute Gelegenheiten, das Haus und die Menschen darin kennen zu lernen.

Dazu wird Kinderbetreuung genauso wie Betreuung für alte und demente Menschen ermöglicht. Die Räume haben einen halböffentlichen Charakter, die nicht wie in einer Institution wirken, sondern eher wie ein öffentliches Wohnzimmer für die Nachbarschaft. Hier entfaltet sich eine warmherzige Atmosphäre, die Lebensfreude ausstrahlt. Zahlreiche Gelegenheiten für viele gemeinsame Aktivitäten sowie Rückzugsmöglichkeiten und Betreuung für alle Altersstufen bilden gute Möglichkeiten zur Selbstorganisation.

Hier will man bleiben!

Architektur, Räume und Gestaltung

Das OHJA wirkt wie der Marktplatz im Stadtteil oder wie ein öffentliches Wohnzimmer für alle Menschen in der Nachbarschaft. Es ist viel mehr als ein Treffpunkt, Beratungs- oder Hilfezentrum. Das SOS-Mütterzentrum Salzgitter war ein registriertes Weltweites Exponat der EXPO 2000. Es wird derzeit durch verschiedene An- und Umbauten erweitert.

Die Architektur unterstützt den Anspruch nach Offenheit sehr deutlich. Sie wurde in gedeihlicher Zusammenarbeit zwischen dem Architekten und den Nutzerinnen und Nutzern entwickelt und zeichnet sich aus durch ihre Ein- und Ausblicke, die Türen sind geöffnet und laden die Besucherinnen und Besucher ein, Kontakte zu knüpfen und sich zu beteiligen. Das offene Treppenhaus ist ein wichtiger Ort der Begegnung und Information, hier werden Verabredungen getroffen und Nachrichten verteilt. Bereits hier beginnt sichtbar und fühlbar die Partizipation für alle Menschen.

Die Angebote – Alles unter einem Dach für Jung und Alt:

Zentrales Angebot ist das OHJA selbst. Geschätzt werden besonders die kurzen Wege, die die Erledigungen des täglichen Bedarfs erleichtern. Dazu sind die zahlreichen Dienstleistungen und institutionalisierte Betreuungsangebote wertvolle Entlastungen für Familien.

- *OHJA* – Offenes Haus für Jung und Alt
- *Kinderhaus* – mit Krippe, Kindergarten, Hort für 70 Kinder im Alter von 1 bis 12 Jahren mit integrativen Plätzen
- *Intergenerative Betreuung* für Kinder und Alte (Kitagruppe mit Tagespflege für Alte und demenziell Erkrankte in gemeinsamen Räumen)
- *Kleintagespflege* mit 5 Plätzen

- *Tagespflege* mit 12 Plätzen für alte, kranke und demente Menschen
- *Dienstleistungen* zur Entlastung im Alltag mit täglichen Mahlzeiten auch außer Haus, Wäscheservice, Fahrdienste, etc.
- *Beratung*, Hilfen und Informationen bei Alltagsorgen
- *Fortbildung*, Beschäftigung, Unterstützung zur Wiedereingliederung in den Beruf
- Frühe Hilfen für junge Eltern
- Flüchtlingshilfen
- *Freiwilligenarbeit*: BFD und FSJ im Kinder-, Jugend- und Altenbereich. Bürgerschaftliches Engagement und Praktika in allen Bereichen

Verbreitung

Der Bedarf für Orte wie das OHJA ist in Salzburg erkannt worden. Seit zwei Jahren gibt es die Zweigstelle HERTA, ein offener Treff in einem sozialen Brennpunkt. Das Angebot des HERTA orientiert sich am Konzept des OHJA. Andere Träger haben das Konzept ebenfalls übernommen und in ihre Arbeit integriert.

Zum Weiterlesen:

Sozialpädagogisches Institut des SOS-Kinderdorf e. V., Hrsg. (2000): Die Rückkehr des Lebens in die Öffentlichkeit – Zur Aktualität von Mütterzentren. Neuwied, Kriftel, Berlin: Hermann Luchterhand Verlag.



HILDEGARD SCHOOSß

Hildegard Schooß ist die Begründerin der Mehrgenerationenhaus-Idee, frühere Beraterin im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser der Bundesregierung und selbstständige Mentorin zu Fragen von generationsübergreifender, offener Begegnungsstrukturen in Kommunen.

hildegard.schooss@t-online.de
germany.ashoka.org/hildegard-schooss

Familienfreundlichkeit als Standortfaktor im Wettbewerb zwischen Stadt und Land

Institut für Entwicklungsforschung fördert studentisches Forschungsprojekt

Das Angebot und der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist in Deutschland und Bayern entsprechend der demographischen und wirtschaftlichen Lage regional sehr unterschiedlich. Fragt man nach Zuzugsmotiven in ländliche Gemeinden, liegt schnell eine Erklärung auf der Hand: Dort, wo Wohnraum knapp und teuer ist, nämlich in der Stadt, suchen die Menschen verstärkt bezahlbaren Wohnraum bzw. Baugrundstücke in ländlichen Umlandgemeinden. Doch ländliche Gemeinden können auch mit eigenen Faktoren punkten und Zuzugsorte werden. So kann der Wunsch u.a. nach Ruhe und Natur, spezifischen Angeboten vor Ort (u.a. die Familienfreundlichkeit einer Gemeinde) den Faktor des bezahlbaren Wohnraumes vor Ort in der Wohnstandortentscheidung gar dominieren.

Im Wettbewerb um neue Bürgerinnen und Bürger konzentrieren sich viele ländliche Gemeinden auf den Ausbau ihrer Standortvorteile für Familien, mit dem Ziel, die Attraktivität für nach Wohnraum suchenden (jungen) Familien zu erhöhen und die Familien vor Ort auch langfristig zu halten.

Studie des Lehrstuhls Kulturgeographie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Eine Studie am Lehrstuhl für Kulturgeographie der Universität Bamberg hat neun Gemeinden im Landkreis Bamberg näher in den Blick genommen, um herauszuarbeiten, was junge Familien genau in die Gemeinden zieht, welche Stärken und Schwächen diese Gemeinden aus der Perspektive der dort wohnenden Familien aufweisen, welche Bedürfnisse die Familien haben und inwieweit diese Bedürfnisse erfüllt oder nicht erfüllt werden. Die Studie beinhaltete je Gemeinde drei Teile: eine Online-Befragung, eine Gruppendiskussion mit Jugendlichen und qualitative Interviews mit lokalen Expertinnen und Experten sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Die Durchführung der Studie wurde durch

das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. und das Landratsamt Bamberg gefördert.

Die nachfolgend dargelegten ausgewählten Ergebnisse stützen sich auf die Auswertung der onlinebasierten Familienbefragung, die zwischen dem 01.12.2016 und dem 08.01.2017 in den untersuchten Gemeinden Bischberg, Gundelsheim, Hallstadt, Hirschaid, Königsfeld, Lisberg, Memmelsdorf, Oberhaid und Reckendorf durchgeführt wurde. Drei zentrale Bedürfnislagen konnten dabei aus den insgesamt 497 beantworteten Fragebögen herausgearbeitet werden: Die besondere Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs, die Situation von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum der Gemeinden und die Gesamtbewertung der Familienfreundlichkeit der befragten Familien im Vergleich zur allgemeinen Lebensqualität in den Orten.

Zuzugsmotive, allgemeine Lebensqualität und Familienfreundlichkeit aus Sicht der Befragten

Die Zuzugsmotive der befragten Familien in den neun Gemeinden sind vielfältig. Hauptgrund ist jedoch der Wunsch nach einem Eigenheim, bzw. kostengünstigem Bauland (23 Prozent aller Antworten, n=140), gefolgt von dem Zusammenzug mit dem/der PartnerIn (21,3 Prozent aller Antworten, n=130). Auch der veränderte Wohnflächenbedarf (15,7 Prozent aller Nennungen, n=96) ist ein entscheidendes Kriterium. Die Nähe zur Natur und bessere Umweltbedingungen spielten hingegen lediglich für knapp jede zehnte Familie (n=59) eine Rolle, ebenso wie die Nähe zu Verwandten/Freunden (n=63). Demnach bestätigt sich für die Gemeinden im Landkreis Bamberg der Standortvorteil des günstigen Baulandes/Eigenheims, aber auch die Wichtigkeit persönlicher Motive für die Wohnstandortwahl.

Mit Blick auf die Lebensqualität schätzen knapp 25 Prozent der Befragten (n=423) die Lebensqua-

lität als Familie in ihren Wohnortgemeinden sehr positiv ein, weitere 54 Prozent als positiv. Damit sehen drei von vier Befragten die Lebensqualität vor Ort zumindest positiv. Weitere 18 Prozent positionierten sich neutral (Kategorie teils/teils). Drei Prozent der Befragten bewerten die Lebensqualität vor Ort negativ bzw. sehr negativ. Im Gesamten ist demnach eine positive Bewertung der Lebensqualität vor Ort festzustellen.

Ein deutlich differenzierteres Bild ergibt sich bei der spezifischen Bewertung der Familienfreundlichkeit in den Gemeinden. 59 Prozent aller Befragten (n=469) sehen die Familienfreundlichkeit vor Ort als sehr positiv oder positiv, knapp 35 Prozent antworteten neutral mit teils/teils. Sechs Prozent der befragten Familien bewerten die Familienfreundlichkeit ihrer Gemeinde als negativ oder gar sehr negativ. Hier zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen der Einschätzung zur Lebensqualität und Familienfreundlichkeit, bei der durchaus Verbesserungspotenzial besteht. Eine weitere Konzentration der örtlichen Politik auf die Familienfreundlichkeit könnte eine Ressource sein, die Attraktivität der Gemeinde, speziell für Familien, zu forcieren und auszubauen.

Zufriedenheit und Handlungsbedarf in ausgewählten Bereichen

Mit Blick auf die Optimierung der Familienpolitiken vor Ort sind drei Themenbereiche besonders hervorzuheben: Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Treffpunkte für Jugendliche (Jugendtreffs, Skateparks, etc.) sowie Treffpunkte für Kinder (Spielplätze, etc.).

Insgesamt sind ca. 52 Prozent aller Befragten (n=467) mit der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sehr zufrieden oder zufrieden. Neben einer schmalen Mitte von 18 Prozent, zeigt sich mit 30 Prozent fast jede/r dritte Befragte/r unzufrieden oder gar sehr unzufrieden mit der Anbindung an den ÖPNV.

Im Bereich Treffpunkte für Jugendliche (Jugendtreffs, Skateparks, etc.) sind knapp sieben Prozent aller Befragten (n=364) sehr zufrieden, weitere 29 Prozent zufrieden. Demgegenüber stehen ca. 30 Prozent aller Befragten, die unzufrieden und sehr unzufrieden in diesem Bereich sind.

Die Zufriedenheit mit den Treffpunkten für Kinder (Spielplätze, etc.) zeigt sich vergleichsweise

größer. Etwa 17 Prozent aller Befragten (n=475) sind damit sehr zufrieden, weitere 41 Prozent zufrieden. 27 Prozent der Befragten wägen die Situation zwischen positiv und negativ in der Mitte ab. 15 Prozent sind hingegen unzufrieden/sehr unzufrieden.

Handlungsempfehlungen und Fazit

Aus der besonderen Bedeutung des öffentlichen Nahverkehrs, des Angebotes für Kinder und Jugendliche in den Gemeinden sowie der Gesamtbewertung der Familienfreundlichkeit resultieren Handlungsempfehlungen in eben diesen Schwerpunktfeldern. Dabei ist auf gemeindespezifische Unterschiede hinzuweisen, die im Kontext der kurzen Gesamtbetrachtung jedoch nicht näher dargelegt wurden.

Ein einfacher und für alle Gemeinden empfohlener Schritt der Verbesserung ist die forcierte Beteiligung von Familien in den entsprechenden Bereichen. Hier rät es sich, die Familien an den weiteren Planungen zu beteiligen (z.B. durch Workshops, speziell Jugenddiskussionen). Eine solche Beteiligung vor Ort schafft ein auf die Gemeinde spezifisch angepasstes Angebot für Familien. Zugleich stärkt die Beteiligung auch die emotionale Ortsbindung und schafft potenzielle neue Kontakte unter den Familien.

Abschließend ist zu sagen, dass der Status Quo der Lebensqualität und Familienfreundlichkeit in den befragten Gemeinden im Landkreis Bamberg insgesamt als gut bezeichnet werden kann. Gemeindespezifisch zeichneten sich jedoch unterschiedliche Schwerpunktbereiche ab, die allesamt für eine weitere positive Orientierung der Familienpolitiken genutzt werden können – bestenfalls mit den Familien gemeinsam.

*Claudia Hefner, Patrick Reitingner,
Marc Redepenning*

In Memoriam Hans Becker (1936–2017)

Das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V. trauert um Prof. Dr. Hans Becker, der am 23. Februar 2017 im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Professor Becker war, nach Studium und Promotion in Köln und Erstberufung nach Erlangen, von Juni 1976 bis zu seiner Emeritierung im Oktober 2002 der erste Inhaber des Lehrstuhls für Geographie I (Kulturgeographie) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V. wurde 1988 von Hans Becker mitbegründet und bis zum Ruhestand mitgeleitet. Wir nehmen Abschied von einem hochgeschätzten Wissenschaftler und Kollegen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Das Lebenswerk Hans Beckers in seiner ganzen Vielseitigkeit zu würdigen, ist an dieser Stelle kaum möglich, denn seinem Credo eines breiten Interesses an vielfältigen geographischen Phänomenen blieb er während seiner gesamten akademischen Laufbahn und darüber hinaus treu.

Mit einer ganzen Reihe an Studien im internationalen Kontext widmete sich Hans Becker v.a. in den 1970er- und 80er-Jahren der Frage der Variabilität von Besiedelung und Siedlungsgrenzen; die jeweils mit Fallstudien bearbeiteten Randbereiche der Ökumene erstrecken sich vom arabischen Jemen über Westgrönland bis nach Kanada und Alaska. Seine spätere intensive Hinwendung nach Südosteuropa, speziell seine Faszination am Balkan mag Motivation zur Teilnahme an Kooperationsprojekten in Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien sein, die er noch lange nach der Emeritierung leidenschaftlich fortführte.

Daneben galt sein wissenschaftliches und persönliches Interesse den Ländlichen Räumen Ober- und Mittelfrankens. Schwerpunkte waren beispielsweise generelle Fragen der Versorgung in Ländlichen Räumen bzw. spezifische Probleme des Einzelhandels im dörflichen Umfeld; mit Blick auf Problemlösungen wurden über seinen Lehrstuhl eine Reihe Expertisen zum Gemeindemarketing erstellt, in denen konkrete Handlungsempfehlungen formuliert werden konnten.

Das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V., als von ihm wesentlich mitinitiierte und aufgebaute Transfereinrichtung zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis sowie seine Kolleginnen und Kollegen und ehemaligen Studierenden des Bamberger Instituts für Geographie werden stets mit seinem Namen verbunden bleiben.

Prof. Dr. Daniel Göler (1996–2005 Schriftführer des IfE)

Werden auch Sie Mitglied unseres Instituts!

Auch Sie können Mitglied im *Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V.* werden. Mit einem Jahresbeitrag von nur EUR 13,- für Privatpersonen oder ab EUR 26,- für Institutionen und Gemeinden unterstützen Sie unsere Arbeit im und für die Ländlichen Räume. Profitieren Sie von unserem Netzwerk von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in der Regi-

on und fördern Sie damit die Weiterentwicklung Ober- und Mittelfrankens! Mit Ihrem Mitgliedsbeitrag ermöglichen Sie die Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche, die zugehörigen Publikationen sowie Forschungsprojekte in den Ländlichen Räumen Ober- und Mittelfrankens.

Einen Antrag auf Mitgliedschaft erhalten Sie in der Geschäftsstelle oder auf unserer Homepage:

Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche

Die Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche finden jährlich im November in Heiligenstadt i. OFr. sowie im darauffolgenden Frühjahr in Ansbach statt. Themen der bisherigen Gespräche waren:

- 2016** Gemeinsam statt einsam – Intergenerationalität in Ländlichen Räumen
- 2015** Gleichwertige Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse als Staatsziel – neue Chance für die Ländlichen Räume?
- 2014** Einzelhandel im Ländlichen Raum
- 2013** Breitband im Ländlichen Raum – angeschlossen oder abgehängt?
- 2012** Gesundheitsversorgung im Ländlichen Raum
- 2011** Menschen mit Migrationshintergrund im Ländlichen Raum
- 2010** Regionalmarken in Landwirtschaft und Handwerk – eine Chance für den Ländlichen Raum?
- 2009** Stiftungen im Ländlichen Raum. Entlastung der Kommunen im gemeinnützigen Sektor?
- 2008** Landwirtschaft als Produzent erneuerbarer Energie?
- 2007** Immobilienmärkte im Ländlichen Raum
- 2006** Metropolregion Nürnberg – Segen oder Fluch für den Ländlichen Raum?
- 2005** Schule auf dem Lande – wohin?
- 2004** Altern auf dem Lande
- 2003** Kleinstädte im Ländlichen Raum. Auslaufmodell oder zukunftsträchtiger Siedlungstyp
- 2002** Auf der Suche nach kreativen Formen eines Ländlichen Tourismus
- 2001** Das Fränkische Dorf – Funktionswandel und Denkmalpflege als Aufgabe der Gegenwart
- 2000** Landwirtschaft und Ländlicher Raum
- 1999** Telematik im Ländlichen Raum
- 1998** Jugend im Ländlichen Raum – Standortbestimmung und Zukunftsperspektiven
- 1997** Arbeitslosigkeit im Ländlichen Raum. Perspektiven der Beschäftigung in Ober- und Mittelfranken
- 1996** Privatisierung im kommunalen Bereich
- 1995** Die Gemeinden und Europa. Auswirkungen der Europäischen Union auf Ober- und Mittelfranken
- 1994** Versorgung im Ländlichen Raum – Probleme des Einzelhandels im dörflichen Umfeld
- 1993** Das Image Oberfrankens. Neue Initiativen im Bereich des regionalen Marketing
- 1992** Der Ländliche Raum ist Zukunft! Aufgaben – Leistungen – Perspektiven
- 1991** Der Öffentliche Personennahverkehr im Ländlichen Raum
- 1990** Der Ländliche Raum als Standort für Industrie und Gewerbe
- 1989** Städtebausanierung im Ländlichen Raum
- 1988** Probleme und Chancen der Dorfentwicklung

Eine Auswahl von Vorträgen der jeweiligen Gespräche werden in der Regel publiziert und liegen in gedruckter Form vor. Bei Interesse an Restexemplaren wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des Instituts. Neuere Publikationen stehen auch im Internet zum Download zur Verfügung.

Heiligenstadt i. OFr., 2017

Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum
Ober- und Mittelfrankens e. V. (Hrsg.)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet unter www.d-nb.de abrufbar.

Umschlagfotos: colourbox | Ilin Sergey

Satz: Markus Neufeld

Druck: SAFNER Druck und Verlags GmbH, Priesendorf

ISSN: 2198-0055

www.institut-laendliche-entwicklung.de

Vorstand des Instituts für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V.

Erster Vorsitzender

Bezirkstagspräsident Dr. Günther Denzler (Bayreuth)

Stellvertretende Vorsitzende und Geschäftsführer

Prof. Dr. Tobias Chilla (Erlangen)

Prof. Dr. Marc Redepenning (Bamberg)

Schriftführer

Dipl.-Geogr. Markus Neufeld (Erlangen)

Schatzmeister

Dipl.-Betriebswirt (FH) Mathias Polz (Bamberg)

Beisitzer

Präsident Hermann Greif (Forchheim)

Ltd. Baudirektor Anton Hepple (Bamberg)

Prof. Dr. Manfred Miosga (Bayreuth)

Geschäftsstelle

Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V.

Bezirk Oberfranken

Renate Reichert

Cottenbacher Straße 23

95445 Bayreuth

Tel. (09 21) 78 46-3001

Fax (09 21) 78 46-43001

renate.reichert@bezirk-oberfranken.de

Gerade in Ländlichen Räumen ist aktuell eine Ausdünnung kommunaler Angebote und Infrastrukturen für alle Generationen erkennbar. Die Veränderungen im Bereich sozialer Infrastrukturen, etwa wenn die letzte Gaststätte vor Ort und weitere Orte des Zusammenkommens schließen, werden immer noch insbesondere für jüngere und ältere Menschen unterschätzt. Zugleich zeigt sich mehr und mehr, dass funktionierende soziale Strukturen und ein gelungenes soziales Miteinander aller Generationen nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern auch ein großes, oft noch nicht erschlossenes Wissensreservoir für die Zukunft Ländlicher Räume sind.

Während im Jahr 1998 noch die „Jugend im Ländlichen Raum“ und 2004 das „Altern auf dem Lande“ im Fokus stand, erweitert das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e.V. im Rahmen der 29. Heiligenstadter und Ansbacher Gespräche mit dem Thema des Miteinanders der Generationen, der „Intergenerationalität in Ländlichen Räumen“, die bisherigen Arbeiten um eine stärker integrative Perspektive. Es wird geschaut, welche Formen für das Miteinander der Generationen gefunden werden können und welches Potenzial darin liegt.

Das Institut für Entwicklungsforschung im Ländlichen Raum Ober- und Mittelfrankens e. V. will die Potenziale des Ländlichen Raumes in Ober- und Mittelfranken erforschen sowie der Regionalplanung und Raumordnung dienen. Es unterstützt die praktische Arbeit von Behörden, Körperschaften und Verbänden und fördert die Kontakte zwischen Wissenschaft und Politik.

www.institut-laendliche-entwicklung.de

Beiträge in diesem Heft

- Einführung: Gemeinsam statt einsam – Intergenerationalität in Ländlichen Räumen
- Entwicklung von Daseinsvorsorgestrategien im diskursiven Prozess
- Wohlfahrtsverbände und Kommunen – gemeinsam soziale Teilhabe gestalten
- Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen in und durch Kommunen
- Gesellschaftliche Veränderungen und deren Bedeutung für die Dorfgemeinschaft
- Das Mehrgenerationenhaus Dorflinde Langenfeld
- Die Rückkehr des Lebens in die Nachbarschaft

ISSN 2198-0055